

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger-Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 41.

Sonnabend, den 9. Oktober 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Sozialreformer. — Schnapsbrenner und Parlamentarier. — Wistrant den Hilfskassen! — Der Kampf in Schweden. — Der gegenwärtige Stand der Tuberkulosebekämpfung. — Korrespondenzen. — Einer von den „moralisch minderwertigen“ Menschen. — Rundschau. — Abrechnung vom 1. Juli bis 30. September 1909. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Fleischkonsum der deutschen Arbeiter. — Wirtschaftliche Rundschau. — Ein wichtiger Beitrag des Reichsversicherungsamts zur Reform der Invalidenversicherung. — Deutsche Gewerkschaftsführer in Amerika. — Statistische Erhebungen der Zahlstelle Mühlhausen i. G. — Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften. — Literarisches. — Feuilleton: Ueber die Freiheit.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperet sind: Mühlhausen (E.G.): Filial-Betrieb Schächermühle. — Baumholder: Firma Burger. — Kaessen: Firma Böhler III. — Meissen: Firma Hirschitz in Bschela. — Niederlamsitz: Werkplatz Heinrich. — Verbach bei Osterode: Pflastersteinbetrieb Belomettin.

Nach folgenden ausländischen Orten ist der Zugang fernzuhalten:

Oesterreich: Ofegg, Neubaus, Neu-Bistritz, Wien, Greifenstein, Klagenfurt, Trieste, Pola, Mauthausen, Schwarzwasser.
Ungarn: Szolnok, Győr, Temesvár, Csáktotony, Budapest.
Schweiz: Zürich, Gundelfingen, Wassen, Eberhol, Chur, Herzogenbuchhorn, St. Gallen.
Frankreich: Im Granitwerk in Abainville sind Differenzen ausgebrochen.

Sozialreformer.

Jedes Einzelinteresse muß sich unterordnen unter das Gesamtinteresse.
v. Schmoller.

Es ist ein alter Ausspruch, daß die Deutschen in der Politik immer gedacht haben, was die andern Völker taten und ausführten. Als die westlichen Nationen ihre bürgerliche Revolution praktisch durchführten, machten die Deutschen sie theoretisch und philosophisch im Nebelland der Träume und Phrasen. Diese alte Wahrheit erlebte jetzt eine neue Auflage auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Andre Völker haben, als die Notwendigkeit dazu drängte, das Beispiel für praktische Sozialpolitik gegeben, zwar nicht ohne viel Kämpfe, aber doch ohne viel Phrasen und Theorie. In Deutschland steht die praktische Sozialpolitik weit zurück; aber dafür wird sie in der Theorie um so eifriger gepflegt. Wir haben hier einen Verein für Sozialpolitik, der durch die berühmten Namen seiner Mitglieder, durch die Reden auf seinen Generalversammlungen und seine Hunderte von Schriften den Eindruck weckt, als stehe die Sozialpolitik hier im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses.

So wenig uns diese theoretische nebelhafte Sozialpolitik für eine wirkliche entzählende kann, so bietet sie uns doch den Vorteil, daß sie uns über das Ziel und die Bedeutung der Sozialpolitik aufklärt. Was anderswo die Bourgeoisie im stillen denkt, wenn sie den Forderungen der Arbeiter etwas entgegenzukommen genötigt ist, das plappert die Redseligkeit deutscher Professoren offen aus. Und so gestattet uns auch die Eröffnungsrede Schmollers wieder einige Lichtblicke in die leitenden Gedanken der deutschen Sozialpolitik.

„Gegen die hergebrachte Manchestertheorie und gegen den extrem-sozialen Radikalismus in der Sozialdemokratie“ wurde der Verein vor 27 Jahren gegründet. Sozialreformer, so ist der leitende Gedanke, untergeben den Sozialismus, denn sie machen seine radikale Forderung, den Umsturz der bestehenden Ordnung, überflüssig. Das alte Manchesterterium, der ungezügelte Kapitalismus, stürzt die Arbeitermassen immer mehr ins Elend. Soll nicht die sozialistische Lösung zur Rettung aus diesem Elend sich durchsetzen, so muß eine bessere Lösung gefunden werden. Es muß mit dem Manchesterterium gebrochen werden unter Beibehaltung der Grundzüge der heutigen Ordnung. Eine solche Lösung bietet die Sozialreform, die Herstellung eines durch Reformen gemilderten und erträglich gemachten Kapitalismus.

Die bürgerliche Sozialreform ist also durch die Sozialdemokratie hervorgerufen worden, und ihre Lösung, die wir als Leitfaden über diesen Artikel schreiben, ist gleichfalls dem Sozialismus entnommen. Unter dem Kapitalismus herrscht das egoistische Sonderinteresse unbeschränkt; jeder kämpft nur für sich gegen alle Konkurrenten und keiner denkt an irgendein Gemeininteresse der Volksmasse, die immer mehr verelendet. Demgegenüber

stellte der Sozialismus das Ideal einer Gesellschaftsordnung auf, worin das Allgemeininteresse herrscht, wo nur das Wohl des ganzen Volkes maßgebend ist und wo statt des egoistischen Kampfes aller gegen alle die Zusammenwirkung aller zu einem gemeinsamen Ziel jeden einzelnen glücklich macht.

Diese schöne Lösung des Allgemeininteresses haben die bürgerlichen Sozialreformer übernommen. Sie treten als Verteidiger des „höheren Gesamtinteresses“ auf. „Das ist unsre Lösung. Nicht die partikularen Interessen und ihren berechtigten Egoismus verkennen, aber zugleich proklamieren, daß jedes Einzelinteresse sich unterordnen muß unter das Gesamtinteresse, das allein an die Zukunft des Volkes denkt.“ Gegen das Manchesterterium der nur an den augenblicklichen Gewinn denkenden Kapitalisten ist das in der Tat eine gute Lösung, wenn auch die Rücksichten auf den „berechtigten Egoismus“ für eine kräftige Praxis nicht viel versprechen. Muß sie aber nicht den, der sie beim Worte nimmt, zum Sozialismus führen? Denn nur der Sozialismus stellt rückhaltlos und konsequent das Gesamtinteresse über jedes Einzelinteresse; nur er denkt an eine glückliche Zukunft für das ganze Volk. Wo bleibt hier der Kampf gegen die Sozialdemokratie? Die Antwort gibt der Schluß des Satzes, den wir oben nicht zu Ende führten: das Gesamtinteresse, „das jede Klasse zwingt, sich dem Ganzen wieder unterzuordnen und einzufügen“.

Das Gesamtinteresse wird hier also nicht nur im Gegensatz zu den Privatinteressen einzelner Menschen, sondern auch zu den Klasseninteressen einzelner Klassen und über sie gestellt. Die Sozialreformer stellen sich gleichfalls als höhere Instanz über den Kampf der Klassen. Sie proklamieren, daß keine Klasse ihre besonderen Interessen über das Allgemeininteresse stellen darf. Damit wird die menschenbefreiende Lösung des Sozialismus in ihr Gegenteil, in eine Lösung gegen den Sozialismus verandelt. Denn gegen die Sozialdemokratie, die offen das Klasseninteresse der Arbeiter zum höchsten Interesse erklärt, setzen sich die Worte Schmollers. Und da sie neben diesem Vorzug noch den andern hätten, schön zu klingen, ist es kein Wunder, daß seine Hörer sie durch ihren „lebhaften Beifall“ noch besonders unterstützen.

In Wirklichkeit ist diese Wendung nur eine platte Finte. Die Klassen sind zeitweilige, vergängliche Produkte der ökonomischen Entwicklung, die zugrunde gehen, wenn ihre Funktion durch den Fortschritt der Gesellschaft überflüssig wird. Nur die Menschen, die sich in neuen Verhältnissen neuen Funktionen im gesellschaftlichen Leben zuwenden, bleiben. Erheben aber die Junker Anspruch darauf, als Junker, die Krümer als Krümer, die Börsenjobber als Börsenjobber bestehen zu bleiben, so hätten mit gleichem Rechte die Raubritter ihr Klasseninteresse als Räuberklasse geltend machen können. Es ist die letzte theoretische Ausflucht einer untergehenden Klasse, die durch die ökonomische Entwicklung überflüssig, ja schädlich geworden ist, und nun ihre kulturfeindliche Herrschaft durch den Ansturm der revolutionären Massen bedroht sieht. Sie weiß nichts mehr vorzubringen, als daß sie „auch eine Klasse“ ist, gerade so gut wie diese Masse. Sie sucht die heutige Klassengliederung, also die bestehende Gesellschaftsordnung, als ewige Weltordnung zu versteinern.

Der Fortschritt der Gesellschaft besteht immer darin, daß die große ausgebeutete Volksmasse sich der kleinen ausbeutenden Minderheit entledigt. In diesem Kampfe, worin die Interessen sich schnurstracks zuwiderlaufen, gibt es kein höheres Gesamtinteresse. Das Klasseninteresse der ausgebeuteten revolutionären Klasse fällt mit dem Gesamtinteresse der Menschheit zusammen. Die emporkommende Klasse ist nichts und will alles sein. Wenn da von einem Gesamtinteresse geredet wird, worunter das Interesse der Masse und das Interesse der kleinen Ausbeutergruppe sich als zwei gleichberechtigte Einzelinteressen unterzuordnen haben, so kann das keine andre Bedeutung haben, als die Massen zum Vorteil der Ausbeuter theoretisch irre zu führen, um ihre Befreiung aufzuhalten.

Also weit entfernt davon, eine über den Klassen stehende Instanz zu sein, zeigen sich diese Sozialreformer gerade durch ihr Gerede über das Gesamtinteresse als Wortführer der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Und da sie, wie in der Schmollerschen Rede melancholisch durchklang, in der Praxis gegen die gewaltige Macht der Reaktion nicht aufkommen können, bleibt dies ihre einzige Funktion, durch eine theoretische Arbeiterfreundlichkeit, die den Herrschenden nichts kostet, zu versuchen, das Proletariat vom scharfen Klassenkampf abzuhalten.

Schnapsbrenner und Parlamentarier.

Der „Vorwärts“ schreibt:

Es ist eine ganz selbstverständliche Forderung der Moral, daß Leute, die ein öffentliches Amt bekleiden, nie und nimmer den Einfluß, den dieses Amt verleiht, geltend machen dürfen, um sich und ihrer Sippe persönliche materielle Vorteile zu verschaffen. Indessen die politische Form, in der die Bourgeoisie ihre Herrschaft ausübt, die Gesetzgebung durch das Parlament, führt in zahlreichen Fällen notwendig zur Verleugnung jenes Prinzips. Die Parlamente waren von jeher Körperschaften mit scharf ausgeprägter Interessenvertretung, sie sollen den Inter-

essen einzelner Gruppen der herrschenden Klasse dienen und der „Zug der Zeit“ geht dahin, immer mehr die allgemeinen politischen Grundzüge hinter die engsten wirtschaftlichen Interessen zurücktreten zu lassen. In Deutschland proklamiert z. B. der Sanjabin den Grundsatz, daß möglichst viele „Vertreter der Industrie und des Handels“ in den Reichstag gewählt werden müssen; der Bund der Landwirte wiederum fordert von den Kandidaten Vertretung der „wirtschaftlichen Interessen der Landwirtschaft“, und selbstverständlich sind ihm Kandidaten, die selbst landwirtschaftliche Unternehmer sind, die liebsten. So muß aber notwendigerweise die Ausübung eines Reichstagsmandats dazu führen, daß der Abgeordnete, der zugleich Unternehmer ist, indem er für die Interessen seiner Gruppe eintritt, auch seine eigenen, persönlichsten materiellen Profitinteressen verliert. Ein Abgeordneter, der Besitzer eines Eisenwerkes ist, ist persönlich an hohen Eisenzöllen interessiert, und wenn die Frage der Eisenzölle zur Entscheidung steht, dann wird dieser Abgeordnete zum Richter in eigener Sache, er verschafft sich persönliche materielle Vorteile, wenn er seine Stimme in die Waagschale wirft, um hohe Eisenzölle einzuführen.

Der einzige Ausweg wäre, daß ein Abgeordneter, der berart persönlich an dem Ausgang einer gesetzgeberischen Maßnahme interessiert ist, sich der Abstimmung enthält. Früher galt das auch als eine selbstverständliche Anstandsspflicht. Heute offenbar nicht mehr. So haben z. B. bei der Entscheidung über den Zolltarif von 1903 die Großgrundbesitzer und die Industriellen ihre Stimme abgegeben, und da zusammen über 150 solcher Unternehmer im Reichstage saßen, so haben sie die Entscheidung herbeigeführt in einer Sache, die unmittelbar ihre materiellen Interessen berührte.

Noch krasser tritt diese Tatsache der Beeinflussung einer gesetzgeberischen Maßnahme, die mit persönlichen Vorteilen für den Abstimmenden verbunden ist, zutage bei Gesetzen, die einer kleinen Gruppe von Interessenten Vorteile verschafft. Das ist zum Beispiel der Fall bei der Liebesgabe für die Schnapsbrenner. Die Liebesgabe besteht darin, daß der Besitzer einer Brennerei ein bestimmtes Quantum Spiritus zu einem Preise verkaufen kann, der um 20 Mark pro Hektoliter über dem normalen Preise ist. Diese 20 Mark Extraprofit entstehen einzig und allein infolge der Art und Weise der Steuererhebung. Weil das Steuergesetz die „Kontingenterung“ der Produktion vorseht und den kontingentierten Spiritus mit einer geringeren Steuer belegt, als den nicht kontingentierten, entfällt dieser Extraprofit. Für den einzelnen Brennereibesitzer ist dieser Extraprofit unter Umständen sehr bedeutend. Ein Rittergutsbesitzer, der eine Brennerei besitzt, der ein Kontingent von 500 Hektoliter zugesprochen wird, erzielt 10 000 Mark Liebesgabe im Jahre. Um diesen Extraprofit steigt sein Einkommen und auch sein Vermögen wird künstlich erhöht. Denn, da das Gut 10 000 Mark mehr Rente abwirft, wird es beim Verkauf nach der allgemeinen Regel der Preisbildung um etwa 150 000 bis 200 000 Mark höher bewertet.

Der berichtigte Schnapsblock hat alle Register gezogen, um die Liebesgabe unverändert bestehen zu lassen, ja, er hat Bestimmungen in das neue Steuergesetz gebracht, die den Extraprofit noch erhöhen.

Nun gehören eine ganze Reihe von Brennereibesitzern dem Reichstage an, und zwar sind sie Mitglieder jener Parteien, die mit ganz besonderer Eifer daran waren, das Schnapssteuergesetz durchzudrücken und alle Bestrebungen auf Minderung oder Beseitigung der Liebesgabe abzuwehren, nämlich Mitglieder der Deutschkonservativen Partei, des Zentrums und der Polenfraktion. Außerhalb dieser Parteien finden wir ganz vereinzelt Brennereibesitzer im Reichstage, z. B. Julius Sieg und Prinz Schönau-Carolath bei den Nationalliberalen.

Nachstehende Liste führt ein Anzahl Schnapsbrenner auf, die Sitz im Reichstage haben, unter Beifügung des Namens des Gutes mit Schnapsbrennereien, die sich in ihrem Besitze befinden (D.-R. = Deutsch-Konservativ, Z. = Zentrum, P. = Pole, D. R.-P. = Deutsche Reichspartei):

Graf Jind zu Finkenstein, D.-R., Zatzewo;
Reibel, D.-R., Salusken;
Fritz Wildens, D.-R., Sypniemo und Dobrin;
Stubbenhof, D. R.-P., Zapel;
Löffler, D. R.-P., Neuhof;
Dietrich, D.-R., Wegehahn;
v. Kaphengst, D.-R., Köhlow;
v. Dirksen, D. R.-P., Reffen;
v. Steinäder, D.-R., Koenigsele;
Gans Edler v. Pulitz, D.-R., Barskewitz;
v. Michaelis, D.-R., Quakow;
v. Bonin, D.-R., Wahrenbusch;
Graf Mathias v. Mielzynski, P., Chobienice, Grotzig und Lenka;
v. Trzcinski, P., Gocanowko;
Fürst Radziwill, P., Gorzyce und Przygodzice;
Graf Carmer-Osten, D.-R., Niebe und Borne-Tschirnau;
v. Seydebrand u. d. Lafe, D.-R., Protzsch;
Euen, D.-R., Worschlitz;
v. Richtigshofen, D.-R., Damsdorf;
Graf v. Prashma, Z., Scheppanowitz;
Fürst Hohenlohe-Dehringen, D.-R., Jarischaw, Kaltwasser, Slavensitz, Gr.-Lassowitz, Kl.-Lassowitz, Witschin, Chehlau, Slupsko und Bizawa.

Die Liste macht keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit, es ist leicht möglich, daß uns dieser oder jener Name eines Edlen, der das praktische Gemerbe der Vergiftung des Volkes mit Fusel und die Gesetzesherei in seiner Person verbindet, entgangen ist. Wir wollten nur an der Hand von Beispielen die Tatsache erhärten, daß unter den Mitgliedern des Schnapsblocks eine Reihe Leute sich befindet, denen aus der Liebesgabe persönlicher materieller Vorteile erwächst. Wollte man noch in Betracht ziehen, wer von den vielen Junkern und Schlachtschützen, die den Reichstag zieren, mit Schnapsbrennern verflochten und verschwägert ist, so würde man wahrscheinlich keinen einzigen ausschließen können. Wir sehen z. B., daß der edle Graf Mathias Mielzynski, der überaus eifrig für das Schnapssteuergesetz ins Zeug ging, auf dreien seiner Güter Fuselgift produzieren läßt; im Adressbuch der Güter der Provinz Posen finden wir eine Komtesse Konstantia Mielzynska auf Rotowo, eine Komtesse Everina Mielzynska auf Samitz, eine Frau von

Kurndowa geborene Gräfin Mielzynska auf Dombrowa, und alle diese Güter haben Schnapsbrennereien. Wir sind in der Genealogie derer v. Mielzynski nicht bewandert, glauben jedoch annehmen zu müssen, daß die Damen Blutsverwandte des edlen Grafen Mathias sind. Somit kommen für das Geschlecht der Grafen Mielzynski nicht drei, sondern mindestens sechs Brennereien in Betracht; die Viebesgabe sichert der Sippe einen ansehnlichen Bagel Geld. Graf Dohna-Schlobitten hat zufällig keine Schnapsbrennerei auf seinen Gütern, auch der Januschaner Döbenburg nicht, noch Graf zu Stolberg; aber der Dohna, Döbenburgs und Stolbergs gibt es viele und die meisten von ihnen brennen eifrig Schnaps und stecken die Viebesgabe ein, für die die Repräsentanten der ersten Geschlechter im Reichstage so eifrig wirkten.

Nun sollte man meinen, die Herren, die persönlich im Besitze von Schnapsbrennereien sind, wahren wenigstens den Schein und enthalten sich der Abstimmung bei der Entscheidung über ein Gesetz, das ihnen und ihrer Sippe die Schnaps-Viebesgabe zuschneidet. Weit gefehlt! Alle diese hochbedienten Herren, die peinlich bedacht sind, die Formen des Anstands und der Courtoisie im privaten Leben zu wahren, sie finden es mit dem politischen Anstand und der politischen Moral wohl vereinbar, ihre Sitzneme in die Bagchale zu werfen, wo es gilt, durch ein Gesetz ihnen und den Ihren auf Kosten der Schnapsstinker, also zumeist der Glenden und Enterben, Extraprofite zu verschaffen.

Der entscheidende, die Viebesgabe betreffende Paragraph des Schnapssteuergesetzes, wurde in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 142 Stimmen angenommen. Von den aufgezählten Schnapsbrennern waren ein paar nicht anwesend, die übrigen stimmten mit Ja. Sätten sich alle Abgeordneten, die persönlich an der Sache interessiert sind, der Abstimmung enthalten, wie es die einfache Anstandspflicht gebietet, die Viebesgabe wäre gefallen.

Vielleicht wäre es angebracht, wenn die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag zur Geschäftsordnung des Reichstages stellen würde, der lautet: „Abgeordnete, die ein unmittelbares materielles Interesse an einem Gesetze haben, dürfen an der Abstimmung über ein solches Gesetz nicht teilnehmen.“ Es ist freilich nicht üblich, selbstverständliche Dinge in Gesetzesform zu kleiden, aber da das Selbstverständliche nicht befolgt wird, ist es zur Wahrung der Würde und des Ansehens des Reichstages notwendig, den Skandal einen Riegel vorzuschieben.

Zu befürchten ist, daß ein solcher Antrag von den Viebesgabenempfängern niedergestimmt wird, doch wäre die Probe aufs Exempel von einiger Bedeutung.

Mißtraut den Hilfskassen!

In Kappelrodeck und Umgebung ist in der letzten Zeit unter den Steinarbeitern Propaganda für den Beitritt zur Allgemeinen Krankenversicherungskasse (G. S.) zu Gemine gemacht worden. Wir warnen alle dringend, dieser Kasse beizutreten, empfehlen vielmehr den bereits Beigetretenen, ihren Austritt zu vollziehen, um nicht weiter einer zweifelhaften Kasse Beiträge zu opfern.

Das Statut der Kasse ist derartig ausgearbeitet, daß es einem Mitgliede äußerst erschwert ist, jemals Krankengeld zu erhalten. Bei der Aufnahme müssen eine Unmenge Fragen beantwortet werden, und wehe dem Mitgliede, welches Krankengeld fordert, und es stellt sich heraus, daß eine der Fragen unrichtig beantwortet worden ist. Dem betreffenden Mitgliede wird geschrieben: „Sie haben uns unwahre Angaben gemacht; wir schließen Sie aus der Kasse aus; Krankengeld erhalten Sie keine.“ Die Beiträge können aber noch ein Vierteljahr eingefordert werden.

In ihrem Prospekt erklärt die Kasse, daß sie sich infolge der sparsamen Verwaltung und der künftigen Krankengeldzahlung große Sympathien erworben habe und zum Abschluß einer Krankenversicherung bestens empfohlen werden kann.

Die sparsam die Verwaltung ist, geht aus dem Rechnungsabluß der Kasse für das Jahr 1908 hervor. An Krankengeld wurde in diesem Jahre ausgegeben 36 475 Mark, dem stehen die Verwaltungskosten in der Höhe von 74 548 Mark gegenüber, die sich zusammensetzen aus Gehälterkonto 18 711 Mark, Provisionkonto 29 741 Mark, Unkostenkonto 22 239 Mark und Druckkostenkonto 3857 Mark. Die Ausgaben für Verwaltung sind also doppelt so hoch als für Krankenunterstützung. Wenn das noch sparsam ist, gibt es überhaupt keine Verschwendung.

Wie groß die Sympathie infolge der künftigen Krankengeldzahlung ist, beweist die Auslastung über diese Kasse, die wir dem Bericht des Arbeiterssekretariats in Chemnitz vom Jahre 1908 entnehmen:

Die sogenannten Unterstützungs- oder Hilfskassen erfordern gleichfalls sehr oft ein Eingreifen unsererseits. . . . Allen Kassen voran ist die Allgemeine Krankenversicherungskasse (G. S.) in Chemnitz; auch sie verursachte in dem verfloffenen Jahre dem Arbeiterssekretariat wieder eine ganz erhebliche Arbeit.

Wie oft diese Kasse von ihren Mitgliedern verklagt wird, andererseits die Kasse ihre Mitglieder verklagt, geht daraus hervor, daß vor dem hiesigen Amtsgericht an einzelnen Tagen nahezu 100 Klagen pro Tag für diese Kasse zu erledigen waren. In einer großen Anzahl von Fällen wurde dem Arbeiterssekretariat die Vertretung gegenüber der Kasse übertragen; meist handelt es sich um Leute, die in allen möglichen Gegenden des Reiches wohnen. Es ist kein Wunder, wenn die Animosität gegen die Kasse in Arbeiterkreisen mehr und mehr zunimmt. Alle Versuche, die die Direktion der Kasse machte, um in Arbeiterkreisen Eingang zu finden, scheitern sehr oft an der Ueberzeugung der Arbeiter selbst. . . .

Die gewerkschaftliche und politische Arbeiterpresse hat es sich von jeher zur Aufgabe gemacht, die Arbeiterklasse durch Brandmarung derartiger Kassen und ihrer Praxis vor Schaden zu bewahren. Daß dies der interessierten Leitern derartiger Institute unangenehm ist, wollen wir nicht bestreiten. Die Leitung der Chemnitzer Allgemeinen Krankenversicherungskasse fühlte sich aber veranlaßt, ihren Groll darüber in einem Flugblatt öffentlich zum Ausdruck zu bringen, das den schönen Titel führt: Gegen die in der sozialdemokratischen Presse betriebene Hegelei! In diesem Pamphlet wird in der beleidigendsten Weise gegen die Arbeiterssekretäre und die Arbeiterpresse Stellung genommen. Daß erstere sich den ganz besonderen Haß der Kassenleitung zugezogen haben, können wir ihr nachfühlen, wenn wir wissen, in wievielen Fällen die Rechte der Mitglieder der Kasse gegenüber durch Arbeiterssekretäre vertreten werden mußten. Aber nicht nur die sozialdemokratische Presse und die Arbeiterssekretäre werden in dem Schmähblatt erbarmungslos heruntergerissen, sondern auch die eigenen Mitglieder werden in der häßlichsten Weise beschimpft. Es heißt darüber in dem Blatt:

Ueber das Wesen der Krankenunterstützung sei erwähnt, daß die Krankenversicherungsanstalten von ihren Mitgliedern oftmals in der unglaublichsten Weise ausgenutzt werden. Am allermeisten wird das bei den Privat-Hilfskrankenkassen versucht und leider mit Erfolg durchgeführt. Am meisten haben diese Kassen mit Simulanten zu kämpfen. Bei vielen Krankheiten mangelt es an äußeren sichtbaren Merkmalen, deshalb können solche angebliche Krankheiten oftmals vorgeführt werden, um in Tagen der Arbeitslosigkeit den entgehenden Verdienst durch Krankenunterstützung zu ersetzen; viele Leute aber auch find angeborene Feinde der Arbeit; als Mitglieder mehrerer Privat-Hilfskrankenkassen wird da auf die vorbenannte Art und Weise ein recht gutes Auskommen gesichert; man meldet sich einfach krank. Die Krankenunterstützung ist solchen Leuten eine nie versagende Geldquelle, und man sichert sich ein möglichst gutes Dasein und braucht sein Brot nicht im Schweize seines Angesichts zu verdienen.

Wir enthalten uns weiterer Wiedergabe der Schmähungen, sowie eines Eingehens darauf. Der in der Verwaltung herrschende Geist richtet sich durch Vorstehendes von selbst. Bemerkenswertes möchten wir aber, daß auch uns die Kasse eine nie versagende Geldquelle zu sein scheint, aber nicht für die Mitglieder, sondern für die Verwaltungsbeamten. Im Übrigen empfehlen wir der Verwaltung, genanntes Flugblatt auch unter den Steinarbeitern des Schnapsmalbes zu verteilen. Das gesunde Urteilsvermögen derselben verbürgt uns eine gebührende Einschätzung der Kasse und die einzig richtige Schlussfolgerung daraus. Bei einer derartigen Flugblattagitation zum Zwecke der Täuschung über den wahren Charakter der Kasse und zum Mitgliederfang werden uns aber auch die hohen Druckkosten erklärlich. Ob die Mitglieder mit Verwendung der Beiträge zu solchen Zwecken einverstanden sind und ob sie in ihrem Interesse liegen, überlassen wir deren eigenem Urteil.

Wer sich vor unangenehmen Erfahrungen behüten will, bleibe dieser Kasse fern.

Der Kampf in Schweden.

Die Vergleichsaktion der von der Regierung eingesetzten Kommission ist gescheitert. Die Ursachen sind kurz folgende: Die Arbeitervertreter waren bereit, den größeren Teil der Vergleichsvorschläge der offiziellen Kommission zu akzeptieren. Nur drei Positionen mußten abgelehnt werden, weil sie ganz unerträgliche Lohnreduktionen enthielten. Darunter die Konfektionsfabrik, wo die Lohnreduktion rund 6 Kronen pro Woche betragen sollte! Weiter lehnten die Arbeiter die Vorschläge zur Lohnregulierung an dem Eisenbahnbau Barberg-Lietran und für die Zellulosefabrik in Utansjö ab. Die übrigen Vorschläge der Vergleichsbeamten wurden akzeptiert. — Die Unternehmer dagegen verlangten größere Lohnreduktionen und lehnten daher fünf Punkte ab.

So war denn in der Lohnfrage eine Einigung nicht zu erzielen. Herr Dr. Kängler, der in der deutschen Unternehmerpresse bestritten hat, daß die schwedischen Unternehmer Lohnabzüge vornehmen wollen, sei auf dieses Ergebnis besonders aufmerksam gemacht! Er ist, wie so viele andre Berichterstatter der bürgerlichen Presse, ein Opfer der Mystifikation der schwedischen Unternehmerzentrale geworden.

War schon in der Lohnfrage keine Einigung zu erzielen, so war sie in einer andern Frage ganz unmöglich. Der schwedische Arbeitgeberverein nämlich schob die Regierung mit einer prinzipiellen Frage von größter Bedeutung vor. Bisher war in dem Konflikt keinerlei Rede gewesen von einer Verhandlungsordnung für künftige Konflikte. Die Regierung hat nun plötzlich ihren Vergleichsbeamten den Auftrag gegeben, ein solches Reglement nach dem Muster des zwischen den Arbeiterorganisationen und der Unternehmerzentrale der Metallindustrie abgeschlossenen Vertrags zu erzielen! Die Unternehmer sind in dieser Frage — wie gesagt — offenbar die Auftraggeber der Regierung gewesen; denn sie machten plötzlich die sofortige Vereinbarung eines solchen Reglements zur Bedingung eines Friedensschlusses!

Die Gewerkschaften erklärten sich bereit, in Unterhandlungen über diese Frage zu treten. Jedoch war es ihnen selbstverständlich nicht möglich, eine so weitgehende Vereinbarung vor

Der Kampf geht also weiter, und die Unternehmerzentrale wird sich auf eine ziemlich langwierige Kampfesführung einrichten müssen. Gegen einen Feind wie sie gibt es viele Möglichkeiten, besonders im Guerillakriege!

Sätten die schwedischen Gewerkschaften jene Bedingungen akzeptiert, sie hätten sich wahrhaftig des Vertrauens der internationalen Arbeiterklasse unwürdig gezeigt. Daß sie es nicht taten, zeugt am besten für ihr Verantwortlichkeitsgefühl. Aber es zeigt auch davon, daß sie nach monatelangem Kampfe ungebroschen dastehen, und daß sie sich ihrer Mitglieder sicher wissen. Der Kampf selbst schafft neue Kampfmittel und neue Kampfmethoden. Das schwedische Unternehmertum wird das früh genug erfahren.

Der gegenwärtige Stand der Tuberkulosebekämpfung.

Bei Bekämpfung der Volkskrankheiten nimmt der Kampf gegen die Tuberkulose mit die erste Stelle ein. Nationale und internationale Vereinigungen und Kongresse vermitteln seit Jahren neben einer umfassenden Sonderliteratur den Gedankenaustausch der wissenschaftlichen Forscher auf diesem für die Volkswohlfahrt so bedeutungsvollen Gebiete. Im Deutschen Reich steht seit mehr als einem Jahrzehnt das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose an der Spitze dieser Bestrebungen.

An der Hand des Geschäftsberichts* für die Generalversammlung des Zentralkomitees bringt nun das „Reichsarbeitsblatt“ (siehe Nr. 9) über den gegenwärtigen Stand der Tuberkulosebekämpfung folgenden Artikel:

Von größter Wichtigkeit für die Bekämpfung der Volksseuche ist die Verbreitung des Verständnisses für die Tuberkulosefragen. Daher muß die Volksbelehrung die Grundlage aller vorhebenden Maßnahmen bilden. Die Bevölkerung ist in allen Schichten über das Wesen der Krankheit und über die Gefahren der Ansteckung aufzuklären, ebenso über die Mittel zur Verhütung derselben und über die Behandlung der Krankheit. Es wird dadurch jeder, der die ersten Zeichen der Erkrankung an sich oder seiner Umgebung bemerkt, in die Lage versetzt, für die frühzeitige Behandlung des Kranken und die Unschädlichmachung des Ansteckungsstoffes Sorge zu tragen. Sehr wichtig ist es, daß die Aufklärung bereits bei der Jugend beginnt. Wie der Bericht hervorhebt, haben sich die in vielen Orten eingeführten Vorträge hygienischer Art, insbesondere über die Tuberkulose, für ältere Schüler an den Lehrer- und Lehrerinneneminaren außerordentlich bewährt und finden immer größere Verbreitung. Häufig werden auch populäre Vorträge gehalten, die durch Vorführung von Lichtbildern belebt werden. Das Zentralkomitee verleiht zu diesem Zwecke seine Lichtbilder unentgeltlich. Ein Tuberkulose-Wandermuseum, welches das Zentralkomitee nach dem Muster des Darmstädter Museums eingerichtet hat, sowie die Verteilung populärer Schriften dienen neben Artikeln in der Presse zur Belehrung der verschiedenen Bevölkerungsschichten.

Da Kinder besonders empfänglich für die Tuberkuloseinfektion sind, so muß die Bekämpfung mit dem Schutze der Kinder vor der Ansteckung beginnen. In dieser Hinsicht ist schon manches geschehen. Für tuberkulöse und skrophulöse Kinder sind besondere Heilstätten errichtet worden. In neuester Zeit wird namentlich versucht, die Küsten der Nord- und Ostsee hierfür nutzbar zu machen, da sich ergeben hat, daß das Seeklima besonders auf die skrophulösen Erkrankungen und auf die Knochen- und Gelenktuberkulose einen sehr guten Einfluß ausübt. Ferner sind die Bestrebungen, welche sich in den Ferienkolonien, Ferienwanderungen, der Förderung der Jugendspiele und des Sports betätigen, geeignet, den jugendlichen Körper zu kräftigen und widerstandsfähig zu machen. Ein guter Erfolg bezüglich der Entwicklung der Schuljugend ist auch durch die Waldschulen erzielt worden. Ferner hat eine Bewegung an Ausdehnung gewonnen, welche bezweckt, den Kindern der unbemittelten Volksklassen gesunde Zähne zu erhalten. In Berlin hat sich zu diesem Zwecke das Deutsche Zentralkomitee für Zahnpflege in den Schulen gebildet. Es sollen zahlreiche Schulzahnkliniken gegründet und die unentgeltliche Behandlung unbemittelter Kinder in denselben gefördert werden.

Die Bekämpfung der Lungentuberkulose durch Wohnungs- fürsorge ist eine der wichtigsten Aufgaben der Auskunfts- und Fürsorgestellen.

Oft sind die Wohnungsverhältnisse in den Arbeiterkreisen infolge Ueberbevölkerung so ungünstig, daß eine Reinhaltung und eine gründliche Desinfektion der Wohnung sehr schwierig ist. Zudem bietet das Gesetz nur bei Todesfällen an Tuberkulose eine Handhabe zur zwingenden Desinfektion der Wohnungen. „Allseitig“ heißt es in dem Geschäftsberichte, „wird in den eingegangenen Berichten betont, daß eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose durch Wohnungs-fürsorge erst dann möglich sein würde, wenn die Desinfektion auch beim Wohnungswechsel Tuberkulöser zwingungsweise, und zwar unentgeltlich, ausgeführt werden könnte. Dies würde aber nur möglich sein bei Einführung und strenger Handhabung der Anzeigepflicht für Erkrankungen an offener Tuberkulose. — Man hat versucht, durch Polizeiverordnungen obligatorische Wohnungsdesinfektionen beim Wohnungswechsel einzuführen. Die wirksame Durchführung dieser Maßregel scheiterte aber daran, daß die Krankheitsfälle meist nicht zur Kenntnis gelangen.“

Ferner geht aus den Berichten der Fürsorgestellen hervor, daß die Desinfektion nicht selten den interessierten Hausbesitzern oder Haushaltungsvorständen überlassen wird, denen häufig eine gründliche Desinfektionsanweisung übergeben wird.

Besonders ungünstig sollen die Verhältnisse noch auf dem Lande liegen, wo zumeist die erforderlichen Apparate fehlen.

Die größte Aufmerksamkeit sowohl seitens der Behörden als seitens der Arbeitgeber wird dem Schutze der Arbeiter vor der Tuberkuloseansteckung in neuerer Zeit geschenkt. Neben den Gewerben, deren Betrieb mit sehr viel Staubentwicklung verbunden ist, liegen die Verhältnisse sehr ungünstig in der Hausindustrie. „Hier wirken unge, oft schmutzige und überfüllte Arbeitsstätten zugleich mit schlechter Ernährung und Heranziehung der Kinder zusammen fördernd auf die Tuberkuloseverbreitung. In welcher Weise hier die vorhandenen Schäden zu vermeiden oder wenigstens zu mildern sind, ist augenblicklich der Gegenstand eingehender Untersuchungen, an denen sich in dankenswerter Weise das Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. beteiligt.“ Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose im Verkehrsweesen sind sehr mannigfaltig. So werden die Personenwagen nach jeder längeren Fahrt mit Vaccinapparat gereinigt oder vorchriftsmäßig mit Sodalauge und einer Karbollösung aufgewaschen. Das Ausspucken auf den Fußboden wird durch Anschlag verboten. — Der ärztliche Bahndienst wird vor allem zur Tuberkulosebekämpfung herangezogen. Bei jeder Direktion besteht ein bahnrätlicher Verein, der in regelmäßigen Verfamlungen auch die Bekämpfung der Tuberkulose bespricht. An zahlreichen Orten wird polizeilich seitens Fabrikanten, Gewerbetreibenden, Anstalten, Kaufleuten sowie Inhabern von öffentlichen Lokalen, Herbergen, Gast- und Schankwirten zur Pflicht gemacht, eine entsprechende mit Wasser zu füllende Anzahl Spucknapfe aufzustellen, das Ausspucken auf den Fußboden durch Anschlag zu verbieten und das vom kasserlichen Gesundheitsamte bearbeitete Tuberkulosemerkblatt in den Geschäfts-, Fabrik- und Verkehrsräumen auszuhängen.

Zu den Maßnahmen der Vorbeugung gegen die Tuberkulose gehört auch die Bekämpfung des Alkohols, weil festgestellt ist,

* Der Stand der Tuberkulosebekämpfung im Frühjahr 1909, Geschäftsbericht für die Generalversammlung des Zentralkomitees am 22. Mai 1909 im Reichstagsgebäude zu Berlin von Professor Dr. Nietner, Generalsekretär des Zentralkomitees, Berlin 1909.

Wer die Organisation bisher aus
Unkenntnis
noch nicht fand — macht ihn zu
eurem Freunde und Mitkämpfer!

dem Stattfinden des Gewerkschaftskongresses (in der zweiten Hälfte des November) zu treffen; denn es handelt sich naturgemäß um Bestimmungen, die tief in die Selbständigkeit der einzelnen Gewerkschaftsverbände eingreifen. Bisher aber führen die schwedischen Zentralverbände genau wie in Deutschland ihre Lohnbewegungen selbständig. Nur bei größeren Abwehrkämpfen tritt die Gesamtheit für die einzelne Organisation ein. Eine zwischen den beiden Zentralinstanzen der Arbeiter- und der Arbeitgeberorganisation vereinbarte Verhandlungsordnung für alle Lohn- und Arbeitsdifferenzen würde diese Selbständigkeit der einzelnen Verbände aufheben. Bei den Unternehmern dürfte das keine Schwierigkeiten bereiten, weil sie ja auch heute nicht die Demokratie, sondern die Autokratie, unterstützt durch die in Deutschland auf Grund der Gewerbeordnung unterlagen Konventionalstrafen, regieren lassen. In der Arbeiterbewegung dagegen ist die Demokratie unerlässliche Vorbedingung des Zusammenwirkens. Ohne einen Kongreßbeschuß können also die Gewerkschaften eine solche Ordnung für künftige Differenzen unmöglich vereinbaren. Die Vorstandskonferenz erklärte daher: vom 15. Dezember an sei das Landessekretariat legalisiert, in Unterhandlungen über diese Frage einzutreten. Bis dahin hat der Kongreß darüber entschieden, wie weit die Gewerkschaften in der Ausdehnung der Aufgaben ihrer Zentrale gehen können.

Die Unternehmer lehnten das ab. Sie verlangten die sofortige Vereinbarung! Die schwedische Unternehmerzentrale kam mit bestimmten Forderungen für eine Verhandlungsordnung, auf die einzugehen den Gewerkschaften absolut unmöglich ist. Siehe es doch, die Selbständigkeit der Arbeiterorganisation aufgeben, wollte man die Bedingungen der Unternehmer über Schadenersatzpflicht der Zentrale für die Maßnahmen ihr angebotener Organisation und deren Mitglieder akzeptieren. Nicht minder hahnbeugliche Kämpfe nur mit mindestens 2/3-Majorität der zur Beschlußfassung berechtigten Instanz beschloffen werden dürften! Eine solche Bestimmung mag an sich nichts Ungeheuerliches enthalten. Aber das ist eine statutarische Frage der Organisation und keine Angelegenheit, in der man sich von den Unternehmern Vorschriften machen lassen kann. Die Forderung zeugt von dem Reichthum und der Borniertheit der von uns wiederholt charakterisierten schwedischen Unternehmer, die den gegenwärtigen, die Wohlfahrt des Landes ruinierenden Kampf herausgeschworen haben. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß in Deutschland selbst die schlimmsten Scharfmacher noch nie auf die wahnsinnige Idee kamen, den Arbeiterorganisationen ihre Statuten vorzuschreiben!

Eine weitere Bestimmung fordert, daß Vorarbeiter und „besondere Vertrauensleute“ der Arbeitgeber keiner Arbeiterorganisation angehören dürfen! Also auch das Organisationsgebiet der Gewerkschaften soll durch die „Verhandlungsordnung“ geregelt werden. Wenn es auch Blödsinn ist, so hat der Blödsinn doch Methode. Ein Kutcher beispielsweise, dem der Unternehmer die Fütterung der Pferde überträgt, wäre sofort ein „besonderer Vertrauensmann“ des Arbeitgebers und müßte aus der Organisation austreten.

Alle diese Forderungen der Unternehmer bedeuten lediglich eine Provokation, eine Verhöhnung der Arbeiter. Daß die schwedischen Gewerkschaften diese „Bedingungen“ einmütig ablehnten, ist selbstverständlich. Solche Verträge schließen sie zweifellos niemals ab. Dazu lassen sie sich auch nicht zwingen.

daß harter Alkoholkonsum den Körper für die Ansteckung mit Tuberkulose besonders empfänglich macht.

Ueber die Verbreitung der für die Tuberkulosebekämpfung bestimmten Anstalten und Einrichtungen für das Deutsche Reich ist folgendes zu berichten:

Zurzeit sind für erwachsene Lungenkranke 99 Volkshospitäler in Betrieb. Dieselben haben 6584 Betten für Männer, 3802 Betten für Frauen und 680 Betten für Männer und Frauen. Im ganzen sind also 11 066 Betten vorhanden. In 34 Privatanstalten sind außerdem 2013 Betten, so daß im ganzen 13 079 Betten für erwachsene Lungenkranke zur Verfügung stehen. Es können also bei einem durchschnittlichen Aufenthalt von drei Monaten jährlich etwa 52 000 Kranke in Heilstätten behandelt werden.

In 18 Heilstätten mit 695 Betten können Kinder Aufnahme finden, welche mit ausgesprochener Tuberkulose befallen sind, und in 79 Anstalten, welche nur strophulöse und tuberkulosebedingte Kinder aufnehmen, sind 7329 Betten vorhanden. — Von den letzteren Anstalten ist eine größere Zahl allerdings nur während der Sommermonate in Betrieb.

Nach den eingegangenen Berichten ist die Zahl der Wald-erholungsstätten auf 92 gestiegen, die der Waldschulen beträgt 7. An ländlichen Kolonien sind Sannum (Großherzogtum Oldenburg) für Erwachsene und Hohenlychen (Provinz Brandenburg) für Kinder zu nennen.

Soweit dem Zentralkomitee Mitteilungen zugegangen sind, gibt es 15 Genesungsheime, welche Tuberkulose aufnehmen. In 7 Beobachtungsstationen findet die Auswahl für die Heilstätten statt.

Besondere Pflegeheime für Lungenkranke im vorgeschrittenen Stadium sind 25 in Betrieb. Nach den vorliegenden Meldungen bestehen ferner 244 Auskunfts- und Fürsorgestellen im Deutschen Reich. Außerdem dienen 537 Tuberkuloseauskünfte in Baden den gleichen Zwecken. Doch kann auf die Einrichtungen in den einzelnen Bundesstaaten hier nicht weiter eingegangen werden.

Das Reich stellte im Jahre 1908 für die Tuberkulosebekämpfung 120 000 Mk. zur Verfügung. (Das ist herzlich wenig. Redaktion des „Steinarbeiters“.) 60 000 Mk. davon sind in den Vorjahren dem deutschen Zentralkomitee zur Durchführung seiner Bestrebungen überwiesen worden. — Auch die Staatsbehörden haben sich an der Tuberkulosebekämpfung beteiligt. So hat z. B. der preussische Kultusminister am 16. Oktober 1908 einen Erlass veröffentlicht, welcher Fingerzeige gibt, wie auf gutlichem Wege die Wohnungsdesinfektion, zu deren Durchführung, falls kein Todesfall vorliegt, wie schon bemerkt, jede gesetzliche Handhabe fehlt, zu ermöglichen ist.

Die Hauptträger der Tuberkulosebekämpfung sind die Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen. Erstere machen immer häufiger von dem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch, an Tuberkulose erkrankte Versicherte einem Heilverfahren zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zu unterwerfen. In den Auskunfts- und Fürsorgestellen geben die Versicherungsanstalten meist erhebliche Zuschüsse.

Im Verlaufe der Jahre haben verschiedene Versicherungsanstalten von privater Seite errichtete Lungenheilstätten in eigenen Besitz übernommen.

Endlich seien noch einige Zahlen wiedergegeben, aus denen hervorgeht, welche Erfolge auf den vorbezeichneten Wegen bereits erzielt worden sind.

So starben von 100 000 Einwohnern an Lungenschwindsucht bzw. Tuberkulose in deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern (im Jahresdurchschnitt des Jahres):

| | |
|-----------|-------|
| 1877/81 | 357,7 |
| 1882/86 | 346,2 |
| 1887/91 | 304,0 |
| 1892/96 | 255,5 |
| 1897/1901 | 218,7 |
| 1902/06 | 201,9 |
| 1907 | 197,7 |

Besonders die Zahlen des letzten Jahrzehnts — von einigen Schwankungen abgesehen — beweisen, daß eine erhebliche Abnahme der Tuberkulose unter der Bevölkerung des Deutschen Reichs bis auf ein seit langer Zeit nicht beobachtetes Mindestmaß festzustellen ist.

Ueber die Sterbefälle an Tuberkulose unter der Stadt- und Landbevölkerung des Deutschen Reichs liegen dem Kaiserlichen Gesundheitsamt nach dem bereits angezogenen Berichte für das Jahrzehnt 1898 bis 1907 genaue Angaben aus 20 Staatsgebieten vor, nämlich für die 7 größten Staatsgebiete des Reichs: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen und für 13 weitere Bundesstaaten. Die 20 Gebiete hatten nach dem Ergebnisse der letzten Volkszählung insgesamt 58 844 412 Einwohner, d. h. etwas mehr als 97 Prozent der Gesamtbevölkerung des Reichs.

Die Todesursachenstatistiken, die Jahr für Jahr auf ganz gleichartigen Eintragungen beruhen, lassen ein zutreffendes Bild von der Ab- und Zunahme der Todesfälle an „Lungentuberkulose“ bzw. der sonst durch Tuberkulose herbeigeführten Todesfälle erkennen.

Von 1898 bis 1902 waren in diesen 20 Staatsgebieten des Deutschen Reichs an Tuberkulose überhaupt 585 267 Personen (davon an Lungentuberkulose 538 623) gestorben, d. i. auf je 100 000 Einwohner im Mittel jährlich 214,1 (195,2 an Lungentuberkulose).

Während des folgenden Jahrzehnts starben aus derselben Ursache auf je 100 000 Einwohner

| | |
|------|----------------|
| 1903 | 207,3 (186,2)* |
| 1904 | 203,5 (182,6) |
| 1905 | 205,7 (179,7) |
| 1906 | 188,2 (162,9) |
| 1907 | 184,3 (159,6) |

„Die Sondersung dieser Sterbefälle nach den Altersklassen der Gestorbenen,“ heißt es in dem Berichte des Kaiserl. Gesundheitsamts weiter, „läßt ferner erkennen, daß die Tuberkulose gerade unter Personen der lebenskräftigsten Altersklasse von 15 bis 60 Jahren seltener zum Tode geführt hat, wie folgende Berechnung ergibt:

Nach der Volkszählung von 1900 lebten in obigen 20 Staaten des Deutschen Reichs 54 662 484 Personen, darunter befanden sich — wenn man die für die Gesamtbevölkerung ermittelte Altersgliederung als unverändert annimmt — 31 376 266 Personen im Alter von 15 bis 60 Jahren; bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 lebten in denselben 20 Staaten 58 844 412 Personen, darunter — bei gleicher Voraussetzung — 33 776 692 im Alter von 15 bis 60 Jahren. Es starben in dieser Altersklasse nach den vorliegenden Ausweisen während des Jahrzehnts von 1898 bis 1902 in den 20 Staaten an Tuberkulose (Lungentuberkulose) 421 238 (401 136), und während des Jahrzehnts von 1903 bis 1907 aus gleicher Ursache 410 094 (386 381) Personen, mithin auf je 100 000 Lebende der bezeichneten Altersklasse:

| | |
|--------------------------------------|---------------|
| von 1898 bis 1902 im Mittel jährlich | 268,5 (255,7) |
| 1903 | 242,8 (228,8) |

Die gleichzeitigen Erhebungen über die Todesursachen der im Alter von 1 bis 15 Jahren gestorbenen jugendlichen Bewohner des Deutschen Reichs haben allerdings bis vor etwa vier Jahren kein ebenso günstiges Ergebnis geliefert. Es sind vielmehr in

* Die absoluten Zahlen der Tuberkulosesterbefälle (bzw. Sterbefälle an Lungentuberkulose) betragen in den 20 Staaten von 1903 bis 1907 nacheinander: 117 705 (105 801) — 117 335 (105 284) — 120 338 (105 103) — 111 677 (96 605) — 110 911 (96 003) vergl. Mitteilg. Stat. Mitteilungen a. d. Kaiserlichen Gesundheitsamts Band 10 bis 12, auch die im Laufe d. J. 1909 erscheinenden Hefte.

dieser Altersklasse von Jahr zu Jahr erhebliche Schwankungen der Zahl der Sterbefälle an Tuberkulose beobachtet worden, und bei einer der vorstehenden entsprechenden Gegenüberstellung der beiden letztabgelaufenen Jahrzehnte ergibt sich für solche jugendlichen Personen nicht wie in der höheren Altersklasse eine Abnahme, sondern sogar eine geringe Zunahme der Tuberkulosesterbeziffer, wie folgende Zahlen erweisen:

Der Altersklasse von 1 bis 15 Jahren gehören im Deutschen Reich nach der letzten beglücklichen Feststellung 31,9 Prozent der Gesamtbevölkerung an; es lebten also in den oben bezeichneten, an der Todesursachenstatistik seit 1898 beteiligten 20 Staaten des Deutschen Reichs

| | | |
|----------------------|------------|-------------------------------------|
| am 1. Dezember 1900: | 17 437 332 | } Kinder von 1 bis 15 Lebensjahren. |
| am 1. Dezember 1905: | 18 771 367 | |

Steinarbeiter! Vergesst die heldenmütigen Kämpfer Schwedens nicht.

Korrespondenzen.

Beucha. Am 29. September fand im hiesigen Kasino eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Walter vom Zentralvorstand referierte über: Unternehmeraktiviät. Er hob hauptsächlich hervor, daß die Unternehmerorganisationen in den letzten Jahren gewaltig gewachsen sind, so daß sich die Arbeiter diese zum Muster nehmen können. Auch die Mittel, die die Unternehmer anwenden, um den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch zu machen, wurden einer kritischen Beleuchtung unterzogen. Redner ging auch auf die Grenzfreitigkeiten innerhalb der Verbände ein und empfiehlt, daß sich jeder Arbeiter seiner Berufsorganisation anschließen soll. (Vehementer Beifall.) Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Vertrag mit dem Fabrik- und Hilfsarbeiterverband, entspann sich eine lebhafte Debatte. Dieser Vertrag wird von seiten der Steinarbeiter in jeder Weise respektiert, aber es muß festgestellt werden, daß dies seitens des Fabrik- und Hilfsarbeiterverbandes in keiner Weise geschieht. Daß unter diesen Umständen der Vertrag keinen Zweck hat, ist klar. Es wäre besser, denselben aufzuheben. Daß wir in Beucha keinen großen materiellen Erfolg zu verzeichnen haben, liegt einzig und allein daran, daß eben zwei Verbände in einer Berufsgruppe bestehen. So lange dies die Arbeiter nicht einsehen, werden sie auch in Beucha nicht viel erreichen, und die Unternehmer fühlen sich ganz wohl dabei. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Steinarbeiterversammlung beauftragt den Vorstand, die Leitung des Fabrik- und Hilfsarbeiterverbandes zu einer gemeinschaftlichen Sitzung einzuladen. Wird in derselben kein befriedigendes Resultat erzielt, so ist der bestehende Vertrag zu lösen.“ Unter Verschiedenes wurde bekannt gegeben, daß ein Kollege, welcher Verbandsgelder zu seinem Nutzen verwendet hat, bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden ist. Der Punkt Bundesratsverordnung wurde zurückgestellt, da es schon zu spät war, denselben zu behandeln.

Düsseldorf. Ist die Verschmelzung der Zahlstellen I und II notwendig? So lautete das Thema, über welches Gauleiter A. Hermann-Köln in einer kombinierten Versammlung der Zahlstellen referierte. Nachdem Kollege Hermann die Zweckmäßigkeit einer Verschmelzung beider Zahlstellen klargestellt, sowie auch auf die Verschmelzung zu Industrieverbänden hingewiesen, erklärten sich auch die Marmorarbeiter, welche einem Zusammengehen beider Zahlstellen bis jetzt entgegenstehen, mit der Verschmelzung einverstanden. Es wurde dann auch folgender Antrag des Kollegen Raug einstimmig angenommen: „Die beiden Zahlstellen I und II werden zu einer Zahlstelle vereinigt und zwar sobald die Abrechnungen vom 3. Quartal erledigt sind. Die beiden Vorstände, verstärkt durch je 3 Mitglieder aus beiden Sektionen, haben über den inneren Ausbau in der nächsten kombinierten Versammlung Vorschläge zu machen. Hierauf erfolgt dann die Wahl des Gesamtvorstands.“ Der Ueberfluß von unserm Stiftungsfest betrug 36,50 Mark und wurde beschloffen, diesen Betrag der Gesellschaft Volkshaus für innere Einrichtung des Hauses zu überweisen.

Heppenheim. Immer deutlicher macht sich die vorjährige Krise im Odenwald bemerkbar. Die Bauarbeit, die sonst die Hauptarbeit in unserm Bezirk war, ist fast spurlos verschwunden. Die Handsteine, die gewöhnlich die Winterarbeit bildeten, sind schon in diesem Sommer in großen Massen angefertigt worden. Dies beweist, daß der Geschäftsgang sehr flau ist. Wenn die paar tausend Meter Handsteine noch fertiggestellt sind und keine weiteren Lieferungen mehr eintreffen, so wird es wirklich flau im Odenwaldgebiet. Auf verschiedenen Werkplätzen hat die Grabsteinbranche zwar etwas Platz gegriffen, aber auch dieser Artikel ist nach dem 1. November wieder zurückgelegt. Wir wollen ja keine Schwarzseher sein, aber man kann sich immerhin gefast machen, daß ein Teil der Odenwaldsteinarbeiter die Folgen der Erwerbslosigkeit zu spüren bekommt. Mit sonstigen Nebenbeschäftigungen steht es hier auch mager aus, und so kann es vorkommen, daß mancher Kollege den Wanderstab ergreifen muß, um dem Odenwald auf längere Zeit Abien zu jagen. Zu all diesem läuft auch noch der Tarif ab, so daß auch noch die Lohnfrage in Betracht kommt. Hierüber läßt sich weiter kein Urteil fällen. Die Herren Unternehmer werden in diesem Falle ihr möglichstes wieder leisten, denn wenn es an den Geldbeutel geht, wehren sie sich mit Händen und Füßen. Kollegen, beachtet die Situation, wie sie an der Bergstraße und im Odenwald besteht. Denn jetzt ist es noch Zeit, für den Winter ein festes Standquartier zu suchen.

Kappelrodt-Seebach-Neustadt. Der ehemalige Kollege J. o. h. Lehnerer II hat sich vom radikalen organisierten Arbeiter in sehr kurzer Zeit zum schneidigsten Bruchmeister entwickelt. Einer von den vielen, die den Mund erst nicht weit genug aufstun können und dann, wenn er ihnen mit einer Aufseherstelle gestopft ist, die Krute küssen, die sie erst gezüchtigt hat. Vermerktlich in den Augen aller ehrlich Denkenden, ob Freund oder Feind der Arbeiterbewegung, ist es, wenn solche Leute, die früher nicht laut genug die Organisation preisen konnten, diese mit allen Mitteln, auch den schärfsten, bekämpfen. Glauben sie selbst der Organisation in erhoffter sicherer Lebensstellung nicht mehr zu bedürfen, so würde Gerechtigkeitsfönn und Anstand es erfordern, diese nicht zu bekämpfen und zu verdächtigen. Um die Organisation bei den Arbeitern in Mißkredit zu bringen, verbreitet Lehnerer II das unwahre Gerücht, es seien vor zwei Jahren beim Seebacher Streik von der Streikkommission 30 Mark versoffen worden, die dann in der Kasse gefehlt hätten. Da die Streikleitung in den Händen des Gauleiters lag, forderte dieser Lehnerer II auf, die Aeußerung als unwahr zu widerrufen, was er aber unter unhaltbaren Behauptungen verweigerte. Wir werden dem Manne Gelegenheit geben, dieselben vor Gericht zu beweisen, und haben die nötigen Schritte eingeleitet. Die Streikabrechnung steht heute noch zur Verfügung und stimmt auf Heller und Pfennig. Gut trifft es sich, daß vor acht Wochen, noch ehe die verleumdende Verdächtigung ausgesprochen worden ist, die Buchführung der Zahlstelle Seebach durch den Kollegen Siebold vom Zentralvorstand seit Bestehen der Zahlstelle nachgeprüft wurde. Trotzdem das Kassiereramt in dieser Zeit durch die Hände vieler Kollegen gegangen ist, stimmte alles bis auf die lächerliche Differenz von 2,24 Mark, die bei einem Etat von vielen tausend Mark Einnahme und Ausgabe und den häufigen Kassiererwechsel vorkommen kann. Als ehrlicher Mann hätte Lehnerer II die Verpflichtung gehabt, sofort, nachdem ihm

die Tatsache bekannt geworden wäre, daß Selber unrechtmäßig verwendet worden sind, damit an die Öffentlichkeit zu treten. Daß er dies aber nicht tat, sondern erst nach zwei Jahren kommt, nachdem er sich als Bruchmeister verpflichtet fühlt, die Organisation zu bekämpfen und in Mißkredit zu bringen, charakterisiert den Mann zur Genüge und erinnert an die Handlungsweise derjenigen, die ihre besten Freunde nach Jahren auf eine unbedachte Aeußerung hin der Majestätsbeleidigung denunzieren, um ihr persönliches Rachebedürfnis zu befriedigen, wenn sie sich verfehlet haben. Lehnerer II hat jetzt Gelegenheit, vor Gericht seine Behauptungen zu beweisen, und wünschen wir ihm viel Glück dazu. Uns liegt nichts an einer Bestrafung des Mannes, aber wir werden auch nicht dulden, daß er aus Bosheit gegen eine ganze Reihe von ehrlichen Kollegen die schwersten Verdächtigungen ausstößt und trotz Warnung wiederholt. So, nun mag Lehnerer sein Material sichten, um den Wahrheitsbeweis führen zu können.

Kiel. Wie schon im „Steinarbeiter“ Nr. 38 bemerkt wurde, laufen die Tarife (Steinmehgen und Schleifer) am 31. März nächsten Jahres hier ab und mußten am 1. Oktober d. J. gekündigt werden. Unsere Meister hatten es damit nur sehr eilig, denn bereits am 25. September ging die Kündigung für beide Tarife dem Vorstehenden zu. Wenn nun die Arbeiter daran gegangen wären, die Tarife zu kündigen, so wären sie laut Tarif verpflichtet gewesen, folgende die etwa beabsichtigten Forderungen mit einzusenden. Man wird nun annehmen, daß auch die Meister bei der Kündigung eine neue Vorlage eingereicht hätten, aber nichts davon; diese Bestimmung galt nur für die Arbeiter. Doch die Kollegen sind einverstanden damit. Gaben sie sich doch der Hoffnung hin, da die Meister die Kündigung selbst für notwendig hielten, daß sie eine Zulage für sehr notwendig halten. Die Steuern, die uns der schwarz-blaue Bloß dieses Jahr bescherte, müssen ja doch zum weitaus größten Teile von den Arbeitern aufgebracht werden, und um dieses zu können, sind anscheinend auch die Kieler Meister der Ansicht, daß dazu eine entsprechende Lohnerhöhung unbedingt notwendig ist. Für unsere Pflicht halten wir es, den Kollegen von der Kündigung Kenntnis zu geben.

Kirschhausen. Am 2. Oktober besuchte sich eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung hauptsächlich mit der Statistik. Be teiligt hatten sich 91 Mann, und zwar 62 Steinmehgen, 16 Brecher, 7 Pflasterer und 6 sonstige Arbeiter. Das Durchschnittsalter der Steinmehgen beträgt 28 Jahre 2 Monate, das der Brecher 33 Jahre 3 Monate, das der Pflasterer 32 Jahre, das der sonstigen Arbeiter 28 Jahre 4 Monate. Durchschnittlich im Beruf tätig waren der Bauer 13 Jahre 4 Monate, der Brecher 17 Jahre 3 Monate, die sonstigen Arbeiter 8 Jahre, der Pflasterer 15 Jahre. Der Durchschnittsverdienst der Steinmehgen beträgt 1115 Mark, der Pflasterer 1220 Mark, der Brecher 1269 Mark, der sonstigen Arbeiter 416 Mark. Wohl würde die Statistik ein genaueres Bild geben, wenn sich die Kollegen etwas ernster damit befassen wollten. Leider ist aber auch in unserm Bezirk noch das verwerfliche Blaumachen vorherrschend. Im weiteren wurden für die schwedischen Arbeiter 10 Mark aus der Ortskasse bewilligt. Auch wurde von den böhmischen Kollegen Klage geführt, daß sie von seiten des Zentralvorstandes so schlecht behandelt werden betreffs des „Böhmischen Steinarbeiter“. Sie erklärten, wenn ihnen keine böhmischen Zeitungen übermittelt werden, sie aus dem Verbands austreten. Auch vom „Steinarbeiter“-Verbreiter wurde Klage geführt, daß er nie eine Antwort bekam, geschweige denn die richtige Zahl „Steinarbeiter“.

Anmerkung der Redaktion. Die zu sendenden fremdsprachlichen Zeitungen sind erst verfloßene Woche durch Fernbescher in genauer Zahl angegeben, und konnten, weil die Expedition am Donnerstag bereits erledigt, für die Woche nicht mehr berücksichtigt werden. Aber eins sei bemerkt: Wir haben verschiedene Ausländer, die sehr gut Deutsch lesen können, aber trotzdem den deutschen „Steinarbeiter“ nicht beachten. Die fremden Zeitungen (außer dem Operaio) nehmen auf unsere deutschen Berufsverhältnisse sehr wenig Bezug. Kommen wirklich mal ein oder zwei Nummern zu wenig, dann gebrauchte man nur nicht gleich: „Ich trete aus!“ Imponieren kann man damit nicht!

Oberflodenbach. Am Sonntag, 26. September, tagte hier eine Steinarbeiterversammlung. Kollege Weidenhammer-Hemsbach referierte. Es waren alle die italienischen, sowie deutschen Kollegen vollständig erschienen. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und nahm zugleich die Einziehung der Beiträge vor. Dem dortigen Platzhelfer wurde Dank ausgesprochen. Hierauf schilderte Weidenhammer die Notwendigkeit der Organisation. Redner ging dann auf die politische Situation ein. Die politischen Zustände geißelte er unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. Der Referent machte die italienischen Kollegen darauf aufmerksam, daß sie sich neutralisieren lassen sollten, damit sie bei den Reichstags- sowie Landtagswahlen ihre Stimme abgeben können. Es wurden dann noch verschiedene Mißstände angeführt. Mehrere Kollegen beteiligten sich an der sehr sachlichen Debatte. Es wurde mit Freuden konstatiert, daß auch in unserm abgelegenen Ort wieder eine Versammlung tagte.

Einer von den „moralisch minderwertigen“ Menschen.

Im Juni traten die Steinarbeiter der Firma Ludwig Vogner in Regenstauf infolge der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in eine Lohnbewegung ein. Obwohl die Arbeiter nur einen Mindestlohn von 35 Pfg. pro Stunde verlangten, ließ sich L. nicht herbei, dieses bescheidene Verlangen zu erfüllen, sondern warf sie am 21. Juni auf die Straße. Nun galt es für die Arbeiter, den aufgedrungenen Kampf durchzuführen. Sie hatten es in diesem Falle mit einem Schanzmacher erster Sorte zu tun. Vogner requirierte zunächst zu seinem „persönlichen Schutze“ die Gendarmerie und beantragte beim Bezirksamt Regenstauf das Verbot des Streikpostens. Diesem Antrage wurde merkwürdigerweise auch stattgegeben, obwohl sich die Streikenden energisch auf ihr gutes Recht berufen hatten. Wohl kam eine größere Anzahl von Leuten aus der Umgegend angedrückt, um bei L. in Arbeit zu treten, doch reisten diese nach Aufklärung durch den Streikleiter Kiepel aus Regenstauf über die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Vognerschen Betriebe sofort wieder ab. Immerhin gelang es Vogner, einige Klausreißer zu bekommen. Ein kleiner Unternehmer aus Burglengenfeld, namens Christmann, benützte die Gelegenheit, seine Selbstständigkeit mit einer Werkführerstelle bei Vogner zu vertauschen. Der Steinmehmeister Amann in Weichs konnte sein Söhnchen Fritz um diese Zeit anscheinend ebenfalls entbehren und schickte es als Streikbrecher zu Vogner. Als dritter im Bunde gestellte sich zu ihnen Michael Weingärtner aus Stadt- am Hof, der schon zuvor einmal seine Beschäftigung zum Streikbrecher erwiesen hatte. Selbstverständlich waren diese drei Arbeitswilligen nicht in der Lage, die Arbeitskraft der Ausständigen zu ersetzen; und nach siebenwöchigem Kampfe kehrten die Arbeiter siegreich in den Betrieb zurück. Ein Nachspiel zu dieser Lohnbewegung fand vergangene Woche vor dem Amtsgericht Regenstauf statt. Der genannte Weingärtner hatte an seine Kollegen, die er zuvor selbst zum Streik aufgefordert hatte, schmähligen Rerrat geübt. Unter dem Vorwande, sich seine Karte zu holen, begab er sich zu Vogner, um hinter dem Rücken seiner Kollegen die Arbeit aufzunehmen und obenstehend noch fünf von diesen zu beschuldigen, daß sie ihm zwei Stunden lang den Weg gewaltsam versperrt hätten. Außerdem sollen sie ihm zugerufen haben: „Fahr zu, sonst spucken wir dir ins Gesicht!“ Auf Grund dieser Aussage des W. wurden gegen die fünf Steinarbeiter Anklage wegen Mütigung u. a. erhoben. In der Verhandlung ergab sich jedoch die vollkommene Haltlosigkeit der Behauptungen des W. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum

er denn mit seinem Rade nicht weitergefahren sei, antwortete Weingärtner: „Weil ich nicht mögen hab!“ Der Vorsitzende, der übrigens den Zeugen B. wegen dessen fleißigen Benehmens vor Gericht zur Ordnung verwies, meinte mit Recht, daß eigentlich Weingärtner als Angeklagter vor Gericht gehöre. Der Verteidiger der fünf Steinarbeiter, Justizrat Götz-Regensburg, geißelte das Verhalten Weingärtners, der seine Kollegen verkauft und verraten habe. Das Gericht erkannte, wie nicht anders zu erwarten war, auf Freisprechung sämtlicher Beklagten. — Dieser Fall zeigt wieder einmal, was man von Streikbrechern zu halten hat, und daß der Gewerberichter Dr. Warmbold in Hannover recht hatte, wenn er sagte, daß Streikbrecher meist moralisch minderwertige Menschen sind, die auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen. Die bürgerlichen Blätter freilich haben allen Grund, diese Lieblinge der Unternehmer zu schützen. Hier kann man mit Recht sagen: Gleiche Brüder, gleiche Klappen.

Rundschau.

Das nennt man national. In der „Monatsschrift für die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft“ erläßt das Kreisbauamt Münsterberg (Schlesien) ein Inserat, in welchem ein Stamm italienischer Steinarbeiter gesucht wird. Das Kreisbauamt beutet nämlich einen Vakanzsteinbruch aus. Wir sind der Meinung, daß es in Schlesien genug Hartsteinarbeiter gibt, die auch in Münsterberg arbeiten wollten, es soll nur die Baubehörde den Versuch machen, einheimische Arbeiter heranzuziehen. Wenn staatliche Behörden schon anfangen, ausländische Arbeiter anzuzuerben, dann braucht uns das Vorgehen der Privatunternehmer, wenn sie daselbe tun, nicht mehr besonders aufzuregen.

Was in die Suppe gespußt hat Hannes Wolf den Führern des christlichen Hilfsarbeiterverbandes mit seinen Enthüllungen. Die Herren Dswald, Tremmel, Geis usw. meinen, die Abrechnung für 1908 wurde deshalb nicht veröffentlicht, weil dann bloß die Ergebnisse von drei Quartalen Bewertung gefunden hätten. Wir meinen, die Mitglieder wären schon zufrieden gewesen, wenn man ihnen dieses Ergebnis unterbreitet hätte. Wie die schwarze Gewerkschaftspressen mit der Publikation der Verbandsabrechnungen umgeht, ist ja hinreichend bekannt. Es muß ja für Dswald sehr bitter sein, daß sich Wolf in so famozer Weise zum Arbeitervertreter entwickelt hat. Im vorigen Jahre noch führte Wolf beinahe in jeder Nummer der „Gewerkschaftsstimme“ Dswald als großen Helden vor, und jetzt gibt letzterer seiner Meinung dahingehend Ausdruck, daß die sozialdemokratischen Blätter den Hannes Wolf schon sehr zurechtend charakterisiert hätten. — Als Hannes Wolf in Hannover seine Stellung als Gauleiter aufgab, da schrieb die „Gewerkschaftsstimme“ über diese Personalveränderung kein Wort. An Raum hätte es doch sicherlich nicht gefehlt, denn wenn Dswald irgendwo eine Pauke hielt, so wurde sein Spech den Lesern ohne weiteres serviert. — Hoffentlich finden sich im christlichen Hilfsarbeiterverband nicht noch mehr solche Beamte, die den Spuren Wolfs folgen.

Bewußten Schwindel setzt die christliche „Keramarbeiterzeitung“ ihren Lesern vor. Das Blatt hat die Freiheit, die Solnhofener Niederlage als einen Sieg darzustellen. Im „Steinarbeiter“ (Nr. 40) schreiben wir ja, die Schwarzen kennen nur Siege, und wahrhaftig sie verstehen sich aufs Schwindeln vortrefflich. Die armen Lithographiesteinarbeiter zu Solnhofen tun uns wegen ihrer Niederlage herzlich leid; aber wie erbärmlich feige sind die Vorkämpfer im schwarzen Lager, wenn sie nicht einmal den Mut haben, solche Niederlagen einzugestehen und daraus die nötigen Lehren zu ziehen.

Um die Affäre Coro in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen, bringt dann die „Keramarbeiterzeitung“ ein Ragout über den Genossen Hengsbach. Das Blatt weiß genau, daß die nationalen Handlungsgehilfen Hengsbach moralisch, mit Hilfe der Süge, abschachten wollten. Da sind sie aber schon rein gefallen. Unser „Konturrenzblättchen“ druckt die Notiz über Hengsbach nach, von der Erklärung Seewerings weiß es nichts.

Unternehmerorganisationen. In einer am 30. September abgehaltenen Sitzung des Gesamtvorstands des Bayerischen Industriellenverbands in Augsburg wurde mitgeteilt, daß dem Verbande nunmehr über 3000 Industriekfirmen als direkte und indirekte Mitglieder angehören. Der Bayerische Industriellenverband umfaßt damit fast die gesamte bayerische Industrie.

Die Parteischule hat am 1. Oktober in Berlin wiederum ihre Tore geöffnet. Die Unterrichtsleiter sind in der Hauptfrage die gleichen geblieben; durch Beschränkung der Stundenzahl in einigen andern Fächern ist Raum für Geschichte des Sozialismus und dem zweiten Teil des Erfurter Programms gewonnen worden. Der Kursus zählt 27 (darunter drei weibliche) Teilnehmer; 22 Schüler sind von den Parteiorganisationen entsandt worden, und zwar befinden sich Genossen aus allen Teilen des Reiches, vom äußersten Osten und Norden bis zum bairischen Oberland darunter. Fünf Teilnehmer sind von gewerkschaftlichen Zentralverbänden (je einer von den Bergarbeitern, Glasarbeitern und Transportarbeitern, zwei von den Maurern) auf die Parteischule geschickt worden. Wie uns gemeldet wird, nimmt Kollege Louis Fahrmarkt, der in Bunzlau schafft, ebenfalls am Kursus teil.

Was Streikbrecher kosten. Diesen Sommer tobte in Kiel ein Arbeitskampf, wie er in gleicher Ausdehnung und Heftigkeit auf kommunalem Gebiete bisher noch nicht dagewesen ist. Einmütig und geschlossen waren die städtischen Arbeiter in den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gezogen, und wochenlang kämpften sie treu und beharrlich Schulter an Schulter. Dem freisinnigen Kieler Magistrat kam es natürlich nicht in den Sinn, auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Im Gegenteil! Er unternahm es, den gerechten Kampf der städtischen Arbeiter mit allen Mitteln niederknuppeln. Das verlorneste Gefindel wurde nach Kiel gezogen, um Streikbrecherdienste zu verrichten und der Kieler Magistrat scheute sich nicht, die Steuergrößen auch der Arbeiter verfassungswidrig zu verwenden. Jetzt hat er seine Streikbrecherei aufgestellt und sie einer Sitzung der städtischen Kollegien vorgelegt, damit die Stadtverordneten nachträglich die ohne ihre Zustimmung verfassungswidrig ausgegebenen Gelder bewilligen. 108307.13 Mk. Mehrausgaben sind entstanden, darunter 12454.88 Mk. für die Anwerbung der Streikbrecher, 57480.77 Mk. für deren Verpflegung und 9760 Mk. für die Bewachung der Betriebe. Der Magistrat will aber anderseits wieder Ersparnisse gemacht haben durch Beschäftigung von weniger Arbeitern, so daß er nur die Bewilligung von 72471.77 Mk. verlangte. Der Magistrat erwartet auch noch Ersparnisse dadurch, daß allen nach Beendigung des Streiks neu eingestellten oder wiederingestellten Arbeitern nur der Anfangslohn gewährt wird, daß die Arbeiter keinen Urlaub erhalten und demgemäß auch keine Stellvertreter zu besolden sind, auch daß in Krankeitsfällen auf Grund der Lohnfortzahlungsbestimmungen die Weiterzahlung des Lohnes nur in beschränktem Maße stattfindet. Die Arbeitervertreter gingen mit dem Kieler Magistrat scharf ins Gericht. Die Rechnung über die Unkosten der Streikbrecher muß nochmals und zwar genau spezifiziert vorgelegt werden.

Am Sonnabend, den 9. Oktober, ist der 41. Wochenbeitrag fällig. Die Mitglieder handeln in ihrem eigenen Interesse, wenn sie die Beiträge pünktlich bezahlen.

Abrechnung vom 1. Juli bis 30. September 1909.

| Einnahme. | | Ausgabe. | | | |
|--|-------|----------|--|-------|----|
| N | h | N | h | | |
| An Beiträgen | 86296 | 25 | Für Agitation | 7583 | 47 |
| Eintrittsgeld | 1161 | 50 | Reiseunterstützung | 4063 | 50 |
| Erwerbslofenmarken | 4497 | 90 | Streikunterstützung | 30444 | 47 |
| Material | 143 | 75 | Gemäßregelungenunterstützung | 1063 | — |
| Abonnements und Inserate des Steinarbeiter | 438 | 32 | Rechtsschutz | 530 | 86 |
| Ertrafener (Reste von 1907) | 9 | 50 | Umzugskosten | 170 | — |
| Diverse Einnahmen (Zinsen usw.) | 5907 | 93 | Besondere Unterstützung (Notfälle usw.) | 1984 | 20 |
| | | | Krankenunterstützung | 10464 | 25 |
| | | | Sterbeunterstützung | 150 | — |
| | | | Gehalt (Verwaltung) | 2350 | — |
| | | | Bureauausgaben | 467 | 04 |
| | | | Druckkosten (Formulare usw.) | 387 | — |
| | | | Porto | 360 | 75 |
| | | | Revisionen und Vorstandssitzungen | 287 | 36 |
| | | | Zuschuß an die Bezirksleitungen | 500 | — |
| | | | Verbandsorgan (Redaktion, Druck, Expedition usw.) | 7871 | 09 |
| | | | Beitrag an die Generalkommission | 1075 | 18 |
| | | | Votafonds zurückgezahlt | 30 | 65 |
| | | | Diverse Ausgaben (Unkosten-Konto, Zeitungen, Versicherungsbeiträge usw.) | 250 | 27 |
| | | | Saldo für das 4. Quartal | 28503 | 06 |
| | | | | 98545 | 15 |

| Bilanz. | |
|---|---------------|
| Einnahme | 98545.15 Mk. |
| Ausgabe | 70042.09 „ |
| Bestand pro 2. Quartal 1909 | 28503.06 Mk. |
| Bestand am 1. Juli 1909 | 339224.66 „ |
| Somit Vermögensbestand der Hauptkasse am 1. Oktober | 367727.72 Mk. |

Leipzig, im Oktober 1909.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Kronach. Ersuche die Ortsverwaltungen, mir die Adresse des Steinmehrs List (Buch-Nr. 25005) zu übermitteln. Derselbe hat von mir zwecks Weiterreise eine Geldsumme erhalten, hat aber seitdem sich in Schweigen gehüllt.

Joseph Meßbacher, Kassierer, Friedhofstraße 167.

Meißen II. Der Steinmehrer Adolf Rlose sende seine Adresse an den Vorsitzenden, Wilhelm Münch in Zabel, Nr. 1B, damit ihm sein Verbandsbuch übermittelt werden kann.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 27. September bis mit 2. Oktober 1909. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslofenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Ertrafener.)

- Bilsen, B. 11.— Dittelsdorf, B. 8.75. Leuchtenberg, B. 6.60.
- Oberwinkel, B. 4.60. Wattensteib, B. 4.— Hamburg, Ins. 9.—
- Brütz, Ab. 1.20. Schopfloch, B. 45.98. E. 0.25, M. 0.50. Pforzheim, B. 69.— Mainz, B. 184.— Lutter, B. 126.— Kleinrinderfeld, B. 291.20. E. 1.— K. 7.10. Königsbrunn, B. 208.50.
- Lürnberg, B. 42.— K. 4.50. Hardheim, B. 75.90. E. 4.— K. 2.10.
- Hamburg II, B. 368.— K. 100.— M. 1.10. Gotha, B. 20.70.
- E. 1.— K. 0.05. Bentzen, B. 131.10. E. 5.— Aue, B. 278.—
- E. 7.— K. 4.25. Rotenburg i. S., B. 3.70. Mhlau, B. 6.25.
- Schleiz, B. 4.40. Burg, B. 1.80. Obermendig, B. 5.— Hamburg, Ins. 3.20. Blaubeurg, B. 252.— Doffenheim, B. 87.02.
- E. 3.— K. 0.20. Eibelfstadt, B. 46.— K. 10.— Emmendingen, B. 88.85.
- Pfiffberg, B. 38.— E. 3.— Maulbronn, B. 29.84.
- E. 5.— Obermörlen, B. 48.— K. 10.— Seebach, B. 115.—
- K. 10.— M. 2.50. Straphurg, B. 460.— Ströbel, B. 608.96.
- E. 9.— K. 15.40. Zwickau, B. 113.54. E. 1.50. K. 6.55. Rottenbauer, B. 92.— Mittweida, B. 420.— Königsutter, B. 167.44.
- K. 4.70. Kupferdreh, B. 84.20. E. 2.— K. 3.30. Herbede, B. 46.—
- K. 1.— Eberbach i. S., B. 218.62. E. 10.50, K. 6.20. Ins. 2.40.
- Jauer, B. 2.05. Kempten, B. 6.60. Oberullersdorf, B. 4.35.
- Waldbheim, B. 12.10. Kallendorf, B. 7.35. Weissenfels, B. 7.15.
- Sainthagen, B. 2.75. Weidenheim, (?) 1.35. Bernsd., B. 147.—
- E. 1.50, K. 5.— Perischof, B. 39.40, K. 0.60. Häslich, B. 466.62.
- E. 11.— K. 11.70. Heppenheim, B. 420.— B. 5.— K. 8.—
- Langelshelm, B. 129.90, K. 2.40. Plüneck, B. 16.80, K. 1.20.
- Marktbreit, B. 149.50, E. 1.— Rebra, B. 61.— Plauen, B. 133.40.
- K. 6.90. Striegau, B. 4201.68, E. 28.— K. 284.30. Stettin, B. 57.50.
- Strehlen, B. 265.29. Wolfshagen, B. 21.— K. 6.75. Wolgast, B. 46.— E. 0.50. Zinnhain, B. 37.80. Ebbelitz, B. 197.18.
- E. 0.50, K. 4.75. Zittling, B. 63.08, E. 3.— K. 0.50. Dörsenfurt, B. 104.83, E. 1.— K. 1.30. Nördlingen, B. 47.87, E. 3.—
- K. 1.90, M. 8.25. Eckartsaußen, B. 40.28, K. 0.20, M. 0.75. Duisburg, B. 69.— K. 1.— Aumkirchen, B. 114.— K. 6.— Leipzig, (St.), 15.— Leipzig, B. 1.30. Kösteb., B. 16.50. Neustrelitz, B. 2.20. Witten, B. 8.50. Borbrunn, B. 7.25. Delsnig, B. 7.15.
- Baldwinstein, B. 38.— K. 3.— M. 7.— Crailsheim, B. 138.—
- Erfurt, B. 138.— E. 2.— K. 4.85, M. 1.40. Mannheim, B. 276.—
- K. 4.50, K. 0.10. Wlagwitz-Böwenberg, B. 276.— E. 1.— K. 1.10.
- Wildemann, B. 210.— Gotha, Ins. 1.50.

Ausweis über zurückgesandtes Material v. 1. bis 30. Septbr. 1909.

- Emmendingen, 40 B. I. Königsbrunn, 7 B. II. Dürheim, 35 B. II. Köln, 154 B. III. Herbede, 9 B. I, 40 X. Herbedgen, 200 B. III. Neufach, 179 B. I, 9 E., 68 K. Odenbach, 88 B. I, 6 E., 48 K. Eberbach i. S., 196 B. III. Sörstel, 4 E., 4 Ertrafener, 90 K.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Dresden, S. Die mächtigsten deutschen Steinsalzlager finden sich in Friedrichshall (Württemberg), Staßfurt und Bienenburg vor. Aus der Art des Vorkommens scheint hervorzugehen, daß das Steinsalz an Küsten oder in abgeschlossenen Meeresteilen aus Meerwasser, das große Salzengen gelöst enthält, abgesetzt ist. Der Granulit setzt sich zusammen aus Feldspat, Quarz und roten Granaten. Interessant ist das sächsische Granulitgebirge. Am nordwestlichen Abfalle des Erzgebirges bildet es ein sechs Meilen langes und zwei Meilen breites elliptisches Gewölbe. — A. Wir müssen Deine Zuschrift ablehnen. Wer Geld verborgt, tut das auf sein Risiko. — Streiköpfe in D. Am Reichsgerichtsgebäude kam meist Posteaer Sandstein zur Verwendung. Nur die Südfront ist aus Cudowaer Material hergestellt. — B. Diese Angelegenheit kann später noch behandelt werden. Nur keine Ueberstürzung. Besten Gruß! — C. Wir halten es mit dem Spruch: „Das sind die Weisen, die durch Irrtum zur Wahrheit reifen.“ Die im Irrtum verharren, das sind die Narren.“ — Passerobe. Die Kristalle müssen wohl erst wachsen. Das Flugblatt ist sehr gut geschrieben. — Augsburg. Wenn uns der Wind in dieses Gebiet verjagen sollte, dann wird das gestellte Anfinnen erfüllt werden. Besten Gruß! — Schmidt. Wenn der Antrag abgelehnt ist, dann gibt es leider keine Beschwerdeinstanz mehr. Die Landesversicherungsanstalt hat eben in dieser Sache das letzte Wort. Viele Grüße. — Heuschener, M. Besten Dank! — S. S. Nur keine Angst. Durch eine Klage würde B. schwer reinsinken. — Neuhätel, Bräuer. Wird als Abonnement für die vier Quartale 1909 verbucht, das andere verfährt gegen Statut. — Rirschhausen, M. Deine Empfindlichkeit mit ihrer Folgerung ist gelinde gesagt albern.

Die Nummer 42 des Steinarbeiter wird das neue Adressenverzeichnis enthalten. Etwaige Personalveränderungen in den Lokalverwaltungen sind uns bis Montag, den 11. Oktober, mitzuteilen.

Anzeigen

Steinarbeiter von Meissen II.

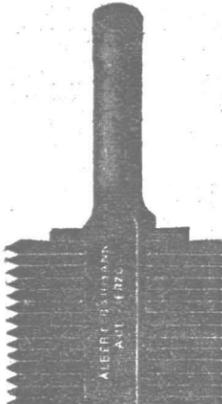
Sonntag, den 10. Oktober, nachmittags 3 Uhr
Versammlung
in der Neumühle, Zadel.

Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent: Kollege Seidel, Dresden. 2. Kassenbericht. 3. Gewerkschaftliches.
Kollegen erscheint alle, nur Krankheit gilt als Entschuldigung.
Der Vorstand.

Laufamholz bei Nürnberg.

Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 3 Uhr
Öffentl. Steinarbeiterversammlung
im Lokale des Herrn Hüttmeier, Gasthaus zum roten Hof.

Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Bundesratsverordnung. 2. Lohn- und Arbeitsbedingungen. 3. Mißstände in den Steinbrüchen von Laufamholz u. Umgebung.
Referent: Max Lohse, Gauleiter, Würzburg.
Die Steinbrecher, Hilfsarbeiter, auch die Nürnberger Kollegen, ebenso die Frauen der Kollegen seien hiermit eingeladen.
Die Einberufer: Joh. Krauß, Fritz Riedl.



Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Schürzen
in 100—115 cm Breite, aus Hausmacherleinen, Schürzenkoffe in allen Breiten, Jäckets und Hosen in Dress, Leder und Buckskin, in eigener Anfertigung empfiehlt
Emil Keidel Spezial-Geschäft Hamburg 6
jetzt Bartelstrasse 93.

Acht tüchtige Pflastersteinschläger und sechs Putzer
werden sofort eingestellt.
Karl Nadarzy, Betriebsleiter
Heideberg, Post Arnsdorf, Kreis Görlitz.
Für Bruchmeister!
Für Steinarbeiter!
Lokal- und Werkplatz-Vertretungen vergibt auf
Double-Leder-Hosen.
W. A. Langor, Oberoderwitz.
Proben umsonst und franko.

Gestorben.
In Hannover I am 25. September der Kollege Walter Gülle, 19 Jahre alt, infolge eines Unfalls.
In Weichselburg am 1. Oktober der Kollege Max Steinbach, 34 Jahre alt, an Lungenentzündung.
Ehre ihrem Andenken!
Berichtigung: Köln I. Der in Nr. 40 als verstorben Veröffentlichte heißt Jakob Scharf.
Verantwortlicher, Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Fleischkonsum der deutschen Arbeiter.

Wenn in den letzten Jahren von der Arbeiterpresse die Öffnung der Grenzen für Vieh- und Fleischzufuhr und die Herabsetzung und Aufhebung der Zölle auf Schlachtvieh und Fleisch gefordert wurde, um eine Verbilligung des wichtigsten Nahrungsmittels, des Fleisches, zu erreichen, so wurde diesem Verlangen gegenüber immer darauf hingewiesen, daß nach amtlichen Berechnungen der Fleischkonsum in Deutschland stetig und absolut betrachtet auch gar nicht niedrig sei. So berechnete kürzlich das Reichsarbeitsblatt auf Grund der Schlachtungs- und der Einfuhr- und Ausfuhrstatistik, daß der durchschnittliche Fleischkonsum in Deutschland für den Kopf der Bevölkerung betragen habe:

| | | |
|----------|----------|----------|
| 1906 | 1907 | 1908 |
| 50,03 kg | 52,41 kg | 52,96 kg |

Solche Durchschnittsberechnungen geben uns, wie ohne weiteres klar ist, kein richtiges Bild von dem Konsum, der bei beschränktem und geringem Einkommen möglich ist, weil bei Berechnung des durchschnittlichen Konsums auch der starke Verbrauch der Wohlhabenden und Reichen berücksichtigt wird.

Das statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, das im Aprilheft 1909 im Reichsarbeitsblatt die angeführten Zahlen veröffentlichte, hat im Juni d. J. ein Sonderheft herausgegeben, das die Ergebnisse einer im Jahre 1907 vorgenommenen Haushaltungstatistik enthält. Die Arbeit des statistischen Amtes, der 852 Haushaltungsrechnungen, die im Jahre 1907 in allen Teilen des Reichs geführt worden sind, zugrunde liegend, bringt auch für 150 Arbeiterfamilien und 60 Beamtenfamilien Angaben über den tatsächlichen Verbrauch von neun Nahrungs- und Genussmitteln, aus denen neben der Gestaltung des Geldbudgets auch das physiologische Budget erkannt werden kann. Von den 150 Arbeiterfamilien hatten eine Jahres-Gesamtausgabe von:

| | |
|--------------|------------|
| 900—1200 Mf. | 4 Familien |
| 1200—1600 " | 35 " |
| 1600—2000 " | 71 " |
| 2000—3000 " | 40 " |

Man kann wohl sagen, daß die große Mehrzahl der in Frage kommenden Familien ein Einkommen hatte, das das Durchschnittseinkommen der deutschen Arbeiter weit übertrifft. Die durchschnittliche Kopfstärke der Familie war 4,76. Der Fleischkonsum dieser Familien blieb aber hinter den vom statistischen Amt auf Grund der Schlachtungs- und Einfuhr- und Ausfuhrstatistik für das Jahr 1907 ermittelten 52,41 Kilogramm erheblich zurück, er betrug nämlich pro Familie 130,8 und pro Kopf nur 27,5 Kilogramm, also wenig mehr als die Hälfte des Reichsdurchschnitts. Für die einzelnen Einkommensstufen ergibt sich natürlich noch ein anderes Bild und zwar für die unteren — abgesehen von der untersten — ein ungünstigeres und für die oberen ein etwas günstigeres. Der Durchschnittsverbrauch stellte sich bei:

| | | | | | |
|-------------------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------------|
| 4 Fam. mit Ausgaben von | 900—1200 Mf. | 1200—1600 " | 1600—2000 " | 2000—3000 " | pro Fam. pro Kopf |
| 35 | 106,1 kg | 112,8 " | 128,0 " | 153,8 " | 30,28 kg |
| 71 | 112,8 " | 128,0 " | 153,8 " | | 26,60 " |
| 40 | 128,0 " | 153,8 " | | | 26,70 " |
| | 153,8 " | | | | 30,00 " |

Der relativ hohe Konsum in der untersten Einkommensklasse erklärt sich dadurch, daß es sich um nur 4 Familien handelt, bei denen die durchschnittliche Kopfstärke nur 3,50 betrug, während sie in den andern Stufen 4,23, 4,85 und 5,23 betrug. Die Größe der Familie beeinflusst die Zusammensetzung der Nahrung bekanntlich ganz erheblich (auch die Arbeit des statistischen Amtes bestätigt dies) in der Richtung, daß mit dem Wachsen der Kopfzahl der Familie der Anteil des Fleisches zurückgeht und durch pflanzliche Nahrungsmittel ersetzt wird, deren Verbrauch in den größeren Familien stark steigt. In den Beamtenfamilien ist der Fleischkonsum etwas größer als in den Arbeiterfamilien, erreicht aber auch bei weitem nicht die Höhe von 52,41 Kilogramm.

So widerlegt die amtliche Statistik, die auch sonst noch außerordentlich wertvolles Material zur Beurteilung der Lebenshaltung der Minderbemittelten bietet, das Gerücht von dem hohen Fleischkonsum in Deutschland recht gründlich. Es bedarf noch vieler Arbeit, um auch nur eine aus-

reichende Ernährung der deutschen Arbeiter herbeizuführen, ganz abgesehen von der Notwendigkeit, die gesamte Lebenshaltung auf eine bedeutend höhere Stufe zu bringen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Erhöhung des Zinsfußes der Reichsbank. — Diskonterhöhung und Arbeitsmarkt. — Die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften.

Daß die Reichsbank schon jetzt eine Diskonterhöhung von 3/4 auf 4 Prozent vornimmt, ist eine bemerkliche Erscheinung. In dem Bericht, der über die Sitzung des Reichsbankdirektoriums vom 18. September in der Presse verbreitet wird, sind als Gründe für die Notwendigkeit einer Diskonterhöhung angegeben: die steigende Tendenz des Privatdiskonts, die voraussichtlich starke Inanspruchnahme der Bank am Ende des laufenden Quartals, das Bedürfnis, den Barvorrat der Bank zu schütten und endlich die beträchtliche Ausdehnung des Börsengeschäfts in letzter Zeit. Diese Gründe mögen für die Diskonterhöhung mitbestimmend sein, aber sie sind nicht vollzählig. Vor allem sei einmal darauf hingewiesen, daß schon vor der Diskonterhöhung der offizielle Zinsfuß in Deutschland über den Säen in Brüssel, Paris und London stand, daß im Auslande die Lage des Geldmarktes keine Heraussetzung des Zinsfußes erfordert, obwohl auch dort die Ansprüche an die Notenbanken wieder in der Zunahme begriffen sind. Wie besteht gerade für Deutschland die Notwendigkeit einer Diskonterhöhung in einem Jahre, das sich im allgemeinen durch besondere Geldfülle auszeichnet? Liegt das einzig und allein an den starken Ansprüchen von Industrie und Handel? Ist vielleicht nicht auch zu wenig Wert darauf gelegt worden, den Goldvorrat der Reichsbank mehr zu stärken, als es geschehen ist? Sind ferner nicht auch die Beziehungen der Reichsbank zum Reichsfinanzamt ein Moment, das der Reichsbank die Erfüllung ihrer hauptsächlichsten Aufgabe erschwert? Und ist es richtig, daß für die größeren Ansprüche der Börse die übrige Geschäftswelt gewissermaßen büßen soll, indem schon wieder der Kredit verteuert wird? Wir wollen diese Fragen keineswegs in der einen oder andern Weise hier zur Entscheidung bringen, aber sie drängen sich dem Beobachter unwillkürlich auf, da, offen gestanden, eine Diskonterhöhung im laufenden Jahre nicht ohne Bedenken ist.

Auch vom Standpunkte des Arbeitsmarktes ist die Diskonterhöhung eine recht wichtige Angelegenheit. Denn wenn wir die Wirkungen einer Diskonterhöhung verfolgen, so können wir zum mindesten den wahrscheinlichen Einfluß auf den Arbeitsmarkt feststellen. Durch die Diskonterhöhung wird zunächst der gesamte Kreditverkehr, und zwar nicht nur um die Rate der offiziellen Diskonterhöhung, sondern darüber hinaus verteuert. Das beeinflusst in einer Zeit der Erholung, wie der jetzigen, ebenso die Warenherstellung wie den Warenmarkt ungünstig. Wenn die Verteuerung im einzelnen Fall auch keine große Rolle spielt, so beeinträchtigt sie doch auf der einen Seite die Herstellungskosten, auf der andern Seite aber führt sie zu der Neigung, die Warenpreise zu erhöhen. In beiden Fällen wird die Lage des Arbeiters tangiert. Muß der Arbeitgeber seinen Kredit teurer bezahlen und doch, wie gegenwärtig, darauf sehen, so billig wie möglich zu arbeiten, so wird er die Mehrbelastung infolge des höheren Diskonts auf andere Weise wieder einzubringen suchen. Er wird sich namentlich gegen jede andere Steigerung der Herstellungskosten, zu der er nicht direkt gezwungen wird, möglichst ablehnend verhalten; ja, er wird, wo er kann, an ihnen zu sparen versuchen. Das geschieht aber einmal an der Lohnsumme, die er für seinen Betrieb ausgibt, so dann aber dadurch, daß er die Rohmaterialien und sonstige Betriebsstoffe billig zu erstehen sucht und damit wieder einen Druck auf die Lohnsumme in andern Betrieben ausübt. Auf der andern Seite sucht aber der Warenhandel, namentlich im Verkehr mit dem Konsum, die Belastung aus dem erhöhten Diskont auf die Warenpreise abzumwälzen, und so entsteht für die Konsumenten die Gefahr von Preisauflägen. Wie im einzelnen Falle die Diskonterhöhung wirkt, ist ja schwer zu sagen, es sind immer die jeweiligen Verhältnisse noch in Betracht zu ziehen, aber daß die Höhe des Geldwertes auf den Preis der Ware Arbeitskraft und auf die Preise der Konsumgüter einwirken muß, das ist sicher. Wenn in Zeiten aufsteigender Konjunktur, wo alle wirtschaftlichen Kräfte wieder in voller Entfaltung begriffen sind, die Diskontschränke angezogen wird, da wirkt die Verteuerung des Geldes nicht störend, da auch schon die Gegenkräfte genügend stark sind, um einen Ausgleich herbeizuführen. Aber wenn schon im Stadium der Erholung der Geldmarkt wieder eine unnatürliche Verteuerung zeigt, so gleicht diese Erscheinung einem Maifrost, der unter Umständen auf die Entwicklung der jungen Saaten hemmend und teilweise sogar vernichtend einwirken kann.

Es kommt aber auch ein andres Moment hinzu, das eine Diskonterhöhung in jetziger Zeit unerfreulich erscheinen läßt. Verteuert sich der allgemeine Geldfuß, so übt dies auf die in der

Industrie, im Handel und im Gewerbe investierten Kapitalien entweder die Wirkung aus, daß sich eine Entwertung vollzieht, oder daß die Verzinsung eine höhere wird. Aus verschiedenen Gründen ist nicht anzunehmen, daß das Kursniveau eine Einbuße erfährt, vielmehr wird das Bestreben dahin gehen, die Verzinsung der angelegten Kapitalien zu verbessern. Die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften vor allem wird in dieser Richtung beeinflusst werden, und sie wirkt dann vorbildlich für die Gewinnberechnung in allen andern gewerblichen Betrieben. Auch hierdurch wird aber wiederum der Anteil der Arbeit am Produktionsertrage beeinträchtigt. Daß im laufenden Jahre schon wieder auf eine höhere Gewinnrate hingearbeitet wird, das sieht man z. B. schon an der Dividendenpolitik der Aktiengesellschaft Phönix. Selbst an der Börse hatte man kaum eine Dividende erwartet, die über 7 Prozent für das Geschäftsjahr 1908/09 hinausging. Als gar von einer 8prozentigen Dividende verlautete, da waren die Aktien sehr begehrt. Der Abschluß selbst aber ergibt sogar zur Ueberraschung der Börse und der meisten Aktionäre eine 9prozentige Dividende. Nun ist ja aus den Ziffern der Bilanz nicht zu ersehen, welche Einnahmen die Gesellschaft aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse erzielt hat, zu welchen Preisen die Vorräte aufgenommen sind, wieviel überhaupt Vorräte vorhanden sind; es ist daher unmöglich, aus einer genauen Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse heraus an der Dividendenpolitik der Phönix-Aktiengesellschaft Kritik zu üben. Aber daß nach den pessimistischen Berichten über das Eisen- und Stahlgewerbe, besonders aber über die Phönix-Gesellschaft sich jetzt plötzlich ein ganz überraschend befriedigendes Ergebnis herausstellt, das hängt doch eng mit dem Bestreben zusammen, die Wertsteigerung am Kapitalmarkt möglichst zu beschleunigen. Das ist aber eine forcierte und keine gesunde Politik. Für den Arbeitsmarkt und für den Volkshaushalt wäre es nicht erfreulich, wenn diese Politik noch durch eine Verteuerung des Geldmarktes begünstigt würde. Wenn auch der Prozeß der wirtschaftlichen Erholung nicht gerade aufgehalten würde, so wäre doch bei der noch so sehr starken Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die Besserung der Einkommensverhältnisse der Arbeiterbevölkerung recht spürbar erschwert.

Berlin, 26. September 1909. Rich. Calmer.

Ein wichtiger Beitrag des Reichsversicherungsamtes zur Reform der Invalidenversicherung.

Das Reichsversicherungsamt ist bekanntlich vom Reichsamtes Innern zur Begutachtung des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung nicht herangezogen worden. Um so bemerkenswerter ist es, daß das Reichsversicherungsamt in dem soeben erschienenen Heft des Reichsarbeitsblattes über „die Invalidenhauspflege bei den Versicherungsträgern der Invalidenversicherung in den Jahren 1907 und 1908“ einen Bericht veröffentlicht hat, dem wir den Hinweis auf zwei wichtige Mängel des jetzigen Invalidenversicherungsgesetzes entnehmen.

Durch die Reform der Invalidenversicherung im Jahre 1899 ist dem Vorstande der Versicherungsanstalten das Recht erteilt worden, einem Rentenempfänger auf seinen Antrag an Stelle der Rente Aufnahme in ein Invalidenhaus oder in ähnliche von Dritten unterhaltenen Anstalten auf Kosten der Versicherungsanstalt zu gewähren. Der Aufgenommene ist auf ein Vierteljahr und, wenn er die Erklärung nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraumes zurücknimmt, jedesmal auf ein weiteres Vierteljahr an den Verzicht auf die Rente gebunden. Durch diese Invalidenhauspflege sollte, wie die Reichsverwaltung in der Begründung ihres Vorschlags ausführte, der hilflosen Lage Rechnung getragen werden, in der sich „manche alten und kränklichen, insbesondere alleinstehende Rentenempfänger trotz der ihnen zugebilligten Rente befinden“.

In der Tat kann ein solcher invalider Arbeiter in einem Invalidenhaus viel besser aufgehoben sein, als wenn er selbst für sich mit seiner geringen Rente sorgen muß. Jedoch kommt dabei in Betracht, ob die Versicherungsanstalten für eine richtige Behandlung der Invaliden in den Invalidenhäusern sorgen; denn nur dann fühlen sich die Invaliden in den Invalidenhäusern wohl, bleiben dort und veranlassen auch andre Invaliden, ihre Aufnahme in ein Invalidenhaus zu beantragen. Außerdem fragt es sich, wie viele Versicherungsanstalten von jenem Rechte, das ihnen das Gesetz verliehen hat, wirklich Gebrauch machen.

Der Bericht des Reichsversicherungsamtes über die Invalidenpflege hebt nun hervor, daß die Träger der Invalidenversicherung in neuerer Zeit von jenem Rechte in beständig wachsendem Maße Gebrauch gemacht haben. Die Träger der Invalidenversicherung hatten im Betrieb:

| | |
|-------------------------|-------------------|
| im Jahre 1904 im ganzen | 4 Invalidenhäuser |
| " " 1907 " | 10 " |
| " " 1908 " | 15 " |

Schon diese Tatsache, heißt es in dem Bericht, lasse erkennen,

Ueber die Freiheit.

Die Not, das nackte Bedürfnis des Lebens treibt die Menschen zueinander, schweißt sie zur Gemeinschaft zusammen; aber dieses Zusammenleben, dieses Zusammenwirken bliebe eine Herdenexistenz, wenn nicht die Sprache es verdeelte und zur Gesellschaft erhöhe, zur Kulturgemeinschaft. Die Sprache ist das wahrnehmbar gewordene Leben der Begriffe, sie ist das ans Licht getretene Denken, die tönende Verkörperung des menschlichen Geistes, die es dem Denken des einzelnen ermöglicht, sich mit dem aller anderen zu vereinen, und dadurch das instinktive Zusammenfühlen, Zusammendrängen zum bewussten Zusammenschluß erhebt. Dadurch aber wird der Mensch erst Mensch, daß er sich denkend zu seinesgleichen gesellt, um mit ihnen gemeinsam zu schaffen, gemeinsam zu arbeiten. So ist die Sprache die Bedingung der Menschwerdung, so ist sie das Symbol der Menschheit überhaupt. In ihrer Entwicklung, ihrem inneren Leben spiegelt sich die Geschichte der Menschheit, und im Wandel der Bedeutung ihrer Begriffe prägt sich die Umbildung und Fortbildung des menschlichen Geistes aus. Bei wenigen Begriffen ist das so augenfällig wie bei dem der Freiheit, und mit gutem Grunde, denn wenige Begriffe haben stetig dem Mittelpunkt des Lebens so nahe gestanden wie er.

Ein Produkt der Gesellschaft, ist er mit ihr herausgewachsen aus ungelichteter Dunkel, hat er sich mit ihr entwickelt unter dem Einfluß ihrer selbstgeschaffenen und sie beherrschenden Bedingungen. Und jedesmal, wenn dieses innere Leben drängender ward, wenn sich die neuen Kräfte kauten am Walle des altgewordenen und sich don-

nernd übertürmten, bis sie sich Bahn gebrochen, jedesmal wurde dann der Begriff der Freiheit hingerissen zum Mittelpunkt des Kampfes, um ihn tobte am heißesten der Streit — was er vordem war und dann geworden, darin zeigte sich die Wandlung, die geschehen, der Schritt, der vorwärts getan war.

Die Freiheit ist von doppelter Bedeutung, als zweifaches Problem hat sie von je vor dem menschlichen Geiste gestanden: als das der Freiheit des Willens und das der politischen Freiheit im weitesten Sinne. So verschieden beide auch bei oberflächlicher Betrachtung scheinen, so eng ist doch ihre Verbindung, so unlösbar ihr Zusammenhang.

Ob der Wille des Menschen ein freier sei oder ein gebundener, diese Frage bedurfte zu ihrer Entstehung nicht erst des Schöpfes der Gesellschaft, aber sie wurde in der Gesellschaft von ungeheurer Bedeutung; sie wurde es, sobald es galt, die Rechte des einzelnen gegenüber der Gesamtheit abzugrenzen und den einzelnen gegenüber der Gesellschaft für seine Handlungen verantwortlich zu machen. Dieser Punkt aber ist es zugleich, wo das Gebiet der äußeren politischen mit dem der inneren Freiheit in Berührung kommt, denn gerade im Ausguck zwischen den Forderungen der Gesellschaft und den Interessen des Individuums liegt das Wesen der politischen Freiheit.

Der naive, an der Schwelle der Kultur stehende Mensch, der mit der Natur um das nackte Leben rang, sah in ihr Kräfte, Wesen, die er notwendig sich selbst ähnlich dachte, die ihm in seinem Handeln bald feindlich entgegentraten, bald ihn hilfreich, wohlgesinnt darin zu fördern schienen. Ohne viel Grübeleien, im Denken noch ungelent infolge des niederen Standes seines mühseligen Arbeitens, nahm

er neben seinem Willen ein anderes, ihm ähnliches aber mächtigeres an. Auf dieser Stufe kümmert den Menschen die Art seines Willens noch nicht, er fühlt, daß er will, und von diesem Willen geleitet wird, das genügt ihm. Ein anderes Problem fesselt ihn: wie soll er jenen übermächtigen Willen erkennen, wie ihn für seine menschlichen Wünsche interessieren? Diese Fragen, durchaus wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprungen, sind der Mutterboden der Religion, und ein Regulator von Moral und Recht, das heißt, sie werden entscheidend für die Gestaltung der politischen Freiheit.

Zunächst steht ganz einfach Wille gegen Wille: die Mensch, die Gott; handelt der Mensch gegen die Pläne der Götter, trotz er ihren Geboten, nun gut, so strafen sie ihn. Aber die Auffassung ändert sich bald: Der Mensch kann gar nicht mehr wider den Willen der Götter handeln, alle Versuche dazu sind fruchtlose Mühe, er entrinnt dem Gescheide nimmer. Das Schicksal, das unabänderliche, wird zur weltbeherrschenden Macht. Hier steht der Mensch nahe davor, die Freiheit seines Willens zu verneinen, denn wenn das Endergebnis seines Handelns feststeht, wenn die Bahn seines Lebens in unverrückbaren Schranken gezogen ist, kann da die einzelne Handlung, der scheinbar freiwillige Entschluß wirklich noch frei sein? Allein, dieser Ueberlegung stellen sich zwei Hindernisse entgegen, oder eigentlich drei, ganz verschiedener Natur, aber doch alle darin übereinstimmend, daß sie die richtige Erkenntnis zurückdrängen.

Das Denken war sicherer geworden, gewandter, und seine immer zunehmende bewußte Anwendung hatte ihm zu so hohem Ansehen verholfen, es so in den Vordergrund

Die die Versicherungsanstalten in den letzten 5 Jahren mehr und mehr auch diesem Zweige der sozialen Fürsorge ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben.

Trotzdem war in Wahrheit auch noch im Jahre 1908 die Zahl der Versicherungsanstalten, die von jenem Rechte Gebrauch gemacht haben, sehr gering. Die Träger der Invalidenversicherung waren im Jahre 1908 im ganzen 31 Versicherungsanstalten und 10 Kassenanstalten, zusammen also 41 Anstalten. Davon hatten nur 10 Anstalten eigene Invalidenhäuser, und zwar sechs Anstalten je ein Invalidenhaus, 3 Anstalten je zwei Invalidenhäuser und eine Anstalt drei Invalidenhäuser. Außerdem hatte eine Anstalt ein Invalidenhaus gemietet und 12 Anstalten hatten ihre Invaliden in fremden Invalidenhäusern untergebracht. Von den Anstalten, die eigene Invalidenhäuser benutzten, haben einige auch noch Invaliden an fremde Anstalten überwiesen. Zusammen sind es also nur 23 Anstalten, die von jenem Rechte bisher Gebrauch gemacht haben. Mit hin haben nicht weniger als 41 - 23 = 18 Anstalten bis jetzt noch keinen Gebrauch von jenem wichtigen Rechte gemacht, 18 Anstalten, fast die Hälfte aller Anstalten, haben, um mit den Worten des Berichterstatters zu reden, diesem wichtigen Zweige der sozialen Fürsorge ihre Aufmerksamkeit noch nicht zugewendet.

Noch bezeichnender ist die Zahl der Invaliden, die in Invalidenhäusern versorgt werden. Sie ist gestiegen

von 2155 im Jahre 1907 auf 2851 " " 1908

Leider sind in dem Berichte des Reichsversicherungsamtes nicht die Zahlen der Personen hinzugefügt worden, die eine Rente auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes beziehen. Wir wollen diese Lücke ausfüllen. Am 1. Januar dieses Jahres erhielten im ganzen 995 810 Personen derartige Renten. Mit hin kommt nur einem fast verschwindend kleinen Bruchteil sämtlicher Invaliden die Invalidenhäuserpflege zugute.

Das ist zu einem guten Teil durch die bureaukratische Leitung der Versicherungsanstalten verschuldet. Demnach ist die ungenügende Durchführung der Invalidenhäuserpflege ein neues Zeugnis dafür, daß gemäß den Forderungen unseres Parteitag in Leipzig die Arbeiter selbst den entscheidenden Einfluß auf die Geschäftsführung der Versicherungsanstalten haben müssen, wenn die Invalidenversicherung auch in dieser Beziehung den Bedürfnissen der Arbeiter gerecht werden soll.

Des weiteren ist aus dem Bericht des Reichsversicherungsamtes über die Invalidenhäuserpflege zu entnehmen, wie hoch die Kosten für die Invaliden sind, die in Invalidenhäusern versorgt werden. Die Kosten betragen im Jahre 1908 für jeden Invaliden:

in eigenen Häusern 0.75 bis 0.99 Mk. pro Tag
" gemieteten " 1.85 " " "
" fremden " 0.60 " 2.48 " " "

In den fremden Invalidenhäusern, in denen die meisten Invaliden - 1922 - untergebracht waren, stufen sich die Kosten in folgender Weise ab: 0.60, 0.68, 0.70, 0.82, 0.91, 0.93, 0.99, 1, 1.15, 1.20, 1.22, 1.25, 1.28, 1.47, 1.56, 1.57, 1.60, 1.84 und 2.43 Mk. Aber auch hier fehlt in dem Bericht des Reichsversicherungsamtes eine notwendige Ergänzung dieser Zahlen, nämlich die Summe, die den Invaliden als Rente ausbezahlt wird. Fügen wir diese Zahlen hinzu: Die Durchschnittshöhe der Renten betrug im Jahre 1907:

bei den Invalidenrenten 186.04 Mk. pro Jahr
" " Krankenrenten 168.24 " " "
" " Altersrenten 161.64 " " "

Nehmen wir die höchsten Renten, die Krankenrenten, dann erhalten wir einen Betrag pro Tag von noch nicht ganz 47 Pfg. Das ist bedeutend weniger als selbst der niedrigste Satz der Kosten für die Versorgung eines Invaliden in einem Invalidenhause. In den meisten Fällen ist sogar der Betrag dieser Kosten doppelt und dreifach so groß als der Durchschnittsbetrag der Invalidenrente.

Dabei kaufen die Invalidenhäuser im großen ein und sind in der Lage, die günstigsten Bezugsquellen aufzusuchen. Dadurch bekommen sie fast alle Waren billiger und besser als die Invaliden, die mit ihrer Rente einen eignen Haushalt führen. Endlich muß mancher Invaliden mit den 47 Pfg. Rente pro Tag den Lebensunterhalt nicht nur für sich allein, sondern auch noch für seine Frau bestreiten.

Demnach bestätigt der Vergleich des Durchschnittsbetrags der Invalidenrenten mit der Höhe der Verpflegungskosten in den Invalidenhäusern, zu dem der Bericht des Reichsversicherungsamtes über die Invalidenhäuserpflege uns angeregt hat, von neuem, daß die Erhöhung der Invalidenrente, die unser Parteitag in Leipzig ebenfalls gefordert hat, in der Tat dringend notwendig ist. Denn es ist ein unerhörter Skandal, daß die so viel gerühmte Invalidenrente, die Versorgung auf einer Ebene, abgearbeiteter Arbeiter, zur Bestreitung des Lebensunterhalts ganz und gar ungenügend ist. Dieser Skandal muß bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung unbedingt beseitigt werden.

Deutsche Gewerkschaftsführer in Amerika.

Seit Compers auf seiner europäischen Studienreise auch Deutschland besucht hat, ist die Frage, wie drüben die zuwandernden Arbeiter von den Gewerkschaften behandelt und aufgenommen werden, in den Vordergrund getreten. Soweit der Streit bis jetzt sich überblicken läßt, wirklich authentische Berichte aus der Union sind leider nur recht unzureichend vorhanden, scheint da allerdings verschiedenes nicht in Ordnung zu sein.

Zur Aufklärung der Frage, insbesondere soweit wie das lithographische Gewerbe in Frage kommt, hat jetzt der Verband

der Lithographen, Steinbrüder und verwandter Berufsgenossen einen recht glücklichen Schritt unternommen. Da Amerika als Absatz- und auch als Konkurrenzgebiet für die deutsche graphische Industrie eine große Rolle spielt, und einmal die Tarifreform, zum andern der fortwährende Hinweis der deutschen Unternehmer auf die Leistungen der amerikanischen Arbeiter eine genaue Kenntnis der dortigen Verhältnisse wünschenswert erscheinen ließ, hat der genannte Verband dafür gesorgt, daß einige deutsche Gewerkschaftsführer eine Studienreise nach der Union unternahmen. Als besonderer Grund zu dieser Maßnahme kam noch hinzu, daß die amerikanischen Lithographen nach kurzer Verbindung mit der Berufsinternationale wieder absolet still geworden sind. Um auch da einmal endlich Klarheit zu schaffen, schickte die Internationale ihren Sekretär, den Genossen Otto Sillier, Zentralvorsitzenden der deutschen Berufsorganisation, nach den Vereinigten Staaten. Da aber, wie schon gesagt, gerade die deutsche Organisation noch besonderes Interesse an den amerikanischen Berufsverhältnissen hat, delegierte sie ebenfalls ein Mitglied ihres Hauptvorstandes, es ist der Genosse Hermann Müller, der im Zentralarbeitssekretariat als Sekretär beschäftigt ist und als früherer Lithograph die Berufsverhältnisse ebenfalls kennt. Die österreichische Bruderorganisation delegierte dann ebenfalls ihren 1. Vorsitzenden. Die Studienreise der drei genannten Genossen ist jetzt nahezu beendet; sie werden in aller nächster Zeit wieder in Europa eintreffen. Sicher wird ihre Monate umfassende Informationsreise wichtiges Material zusammengebracht haben. Einmal wird ein klareres Bild über das größte Absatzgebiet der deutschen lithographischen Industrie geschaffen worden sein, und dies ist gerade jetzt, wo die Tarifreform durchgeführt worden ist, von besonderer Bedeutung. Des weiteren werden die deutschen Kollegen über die Arbeitsverhältnisse ihrer amerikanischen Kollegen besser unterrichtet werden. Daneben wird noch manche der andern, in der letzten Zeit aufgetauchten Fragen einiges Tatsachenmaterial zu ihrer Beantwortung finden. Wie sich die amerikanischen Arbeiter zu den Eingewanderten stellen, wie sie organisiert sind, wie die Möglichkeiten der Aufnahme von Ausländern in die amerikanischen Gewerkschaften aussehen, und so manches andre wird dann besser beantwortet werden können. Und besonders kommt noch hinzu, daß die so schnell unterbrochenen Verbindungen der lithographischen Internationale mit dem Lande der Streifen und Sterne seine Aufklärung finden wird; vielleicht sind sogar Möglichkeiten neuer Anknüpfungen schon wieder gegeben.

Sicher wird durch diese Studienreise, die doch immerhin nur beschränkte Zeit zur Verfügung hatte, nicht über alle Fragen und Angelegenheiten Auskunft gegeben, aber es ist mit dieser Informationsstour doch ein erster Schritt getan, um führende deutsche Gewerkschaftsmitglieder mit amerikanischen Verhältnissen vertraut zu machen, und diese Erweiterung der Kenntnisse ist von größter Bedeutung.

Statistische Erhebungen der Zahlstelle Mülhausen i. Els.

Für die diesjährige statistische Aufnahme haben von 110 Kollegen, die am 1. Juli hier arbeiteten, nur 59 ihre Lohnkarten abgeliefert. Von diesen waren 2 Stück so mangelhaft ausgefüllt, daß sie nicht zu verwenden waren. Verheiratet waren von den noch in Frage kommenden 57 Kollegen 43 Mann, die insgesamt 86 Kinder zu ernähren hatten. Ledig waren 14 Mann. Das Durchschnittsalter betrug 31,3 Jahre.

Im Berufsstande waren diese 57 Mann 957 Jahre, oder im Durchschnitt 16,4 Jahre. Bis zu 5 Jahren tätig waren 1 Mann, 5 bis 10 Jahren 10 Mann, 10 bis 15 Jahren 15 Mann, 15 bis 20 Jahren 15 Mann, 20 bis 25 Jahren 10 Mann, 25 bis 30 Jahren 4 Mann, 30 bis 35 Jahren 1 Mann, 35 bis 40 Jahren 1 Mann.

Der Gesamtverdienst beträgt bei den 57 Mann in 18 224 Arbeitstagen 66 482,59 Mark, oder pro Mann in 232 Arbeitstagen 1166,36 Mark, pro Arbeitstag 5,02 Mark. Es verdienen bis zu 700 Mark 3 Mann, 700 bis 900 Mark 6 Mann, 900 bis 1000 Mark 7 Mann, 1000 bis 1200 Mark 11 Mann, 1200 bis 1300 Mark 11 Mann, 1300 bis 1500 Mark 16 Mann, 1500 bis 1600 Mark 3 Mann. Der niedrigste Lohn war 641 Mark, der höchste 1552 Mark. 21 Mann oder 36 Prozent erreichten den Durchschnittsverdienst nicht.

Die Arbeitslosigkeit war in diesem Jahre höher als im vorigen Jahre. Von den 57 Mann waren 48 Mann 353 Wochen in 120 Fällen arbeitslos, pro Mann 7,3 Wochen. Arbeitslos waren bis zu 1 Woche 3 Mann, 1 bis 2 Wochen 5 Mann, 2 bis 3 Wochen 4 Mann, 3 bis 4 Wochen 6 Mann, 4 bis 5 Wochen 5 Mann, 5 bis 6 Wochen 4 Mann, 6 bis 7 Wochen 3 Mann, 7 bis 8 Wochen 2 Mann, 8 bis 9 Wochen 1 Mann, 9 bis 10 Wochen 2 Mann, 10 bis 11 Wochen 3 Mann, 11 bis 12 Wochen 2 Mann, 12 bis 14 Wochen 4 Mann, 14 bis 16 Wochen 2 Mann, 16 bis 20 Wochen 1 Mann, über 20 Wochen 2 Mann.

Krank waren 32 Mann in 40 Fällen 181 Wochen. Die Frage, ob die Frau zum Unterhalt der Familie mit beiträgt, wurde nur von 13 mit Ja beantwortet. Der größte Teil der Kollegen hat auf die Frage überhaupt keine Antwort gegeben.

Gestorben ist im Berichtsjahre kein Kollege. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß es die Steinmehnen wohl verstanden, ihr Arbeitsverhältnis etwas zu bessern. Die Löhne werden nach dem gegenseitig vereinbarten Tarif berechnet. Aber dies alles wird jetzt wieder illusorisch gemacht durch das rapide Steigen der Preise für die notwendigen Lebensmittel. Eine im August (durch das Gewerkschaftsstatell) aufgenommene Statistik über die Parteizugehörigkeit und über die Zu-

gehörigkeit zur Genossenschaft hatte einen negativen Erfolg. Der Grund der Nichtbeantwortung liegt zweifelsohne darin, daß noch die Mehrzahl der Kollegen die Parteipresse nicht abonniert haben und nicht politisch und genossenschaftlich organisiert sind.

Kollegen! Hier gilt es zu agitieren und die Nebenkollegen darüber aufzuklären, daß ein Fernbleiben von der politischen Organisation nur schädlich ist. Ein jeder Kollege muß politisch, genossenschaftlich und auch genossenschaftlich organisiert sein und die Parteipresse lesen! Nur wenn in dieser Beziehung jeder seine Pflicht erfüllt, können wir unsere Lage recht bald verbessern. J. A. I. n. l.

Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften.

Ueber die Geschäftsergebnisse der in Deutschland bestehenden Aktiengesellschaften veröffentlicht das Statistische Amt statistische Erhebungen. Demnach gab es am 30. Juni 1908 in Deutschland 5186 tätige Aktiengesellschaften (einschließlich der Kommanditgesellschaften auf Aktien) mit einem Aktienkapital von 14 420 Millionen Mark. 4578 waren reine Erwerbsgesellschaften. Diese hatten am Ende ihres Bilanzjahres ein eingezahltes Aktienkapital von 12 788,8 Millionen Mark. Von den 4578 Gesellschaften arbeiteten 3906 mit Jahresgewinn, 598 mit Jahresverlust und 74 ohne Gewinn und Verlust. Der Gewinn betrug 1351,4 Millionen Mark, der Verlust 71,4 Millionen Mark, so daß sich der Jahresreingewinn auf 1280 Millionen Mark berechnet. Es ergibt sich hieraus für das Aktienkapital eine Rentabilitätsziffer von 10,1 Prozent oder unter Berücksichtigung der Reserven von 8,4 Prozent.

Am günstigsten stehen von den Gewerbegruppen hinsichtlich der Höhe der verteilten Dividenden die Versicherungsgesellschaften mit durchschnittlich 19,3 Prozent; dann folgen die chemische Industrie mit 15,7 Prozent und in weiterem Abstände mehrere Gruppen, darunter Bergbau und Textilindustrie mit 9,3 oder 9,4 Prozent. Einzelne Gewerbearten weisen noch viel höhere Erträge auf; die größten hat die Feuerversicherung mit 23,4 und die Farbenmaterialindustrie mit 25,4 Prozent. Im ganzen verteilten 3356 Gesellschaften auf ihre Stammaktien Dividende, 69 nur auf ihre Vorzugsaktien, 176 außer auf ihre Stammaktien auch auf ihre Vorzugsaktien.

Die Dividende auf die Stammaktien betrug bei 1480 Gesellschaften bis 6 Prozent, bei 1926 über 6 Prozent. Von letzteren konnten 162 eine Dividende von mehr als 20 Prozent, 15 davon sogar eine solche von mehr als 50 Prozent verteilen. Auf die Stammaktien entfielen bei 169 Gesellschaften 0-6 Prozent, bei 76 mehr als 6 Prozent, darunter bei 13 mehr als 25 Prozent. Sehr verschieden ist der Anteil der nicht dividendbezahrenden Gesellschaften bei den einzelnen Gewerbearten. Während er im ganzen 25,2 Prozent beträgt, steigt er beim Bauwesen auf 40,5, bei den Kolonialgesellschaften auf 58,3 und beim Kalibergbau sogar auf 74,1 Prozent, sinkt dagegen bei der Textilindustrie auf 16,8 und den Banken auf 4,2, darunter den Hypothekendarlehenbanken auf 2,7 Prozent.

Literarisches.

Der Traß, seine Entstehung, Gewinnung und Verwendung im Dienste der Technik. Bericht von Anton Hambloch. Verlag: Julius Springer, Berlin. (Preis 2.80 Mark.) Der Traß gehört in mineralischer Beziehung zu den Trachyt-Dimiksteinarten, er findet sich in großen Quantitäten im Rheinlande vor. Der Traß wird zu Mehl vermahlen und mit Kalk und Sand vermischt, so entsteht der beste Mörtel. Es ist bekannt, daß schon die Römer, als sie nach Christi Geburt nach in Aöln den Rhein gegenüber den herantretenden Germanen zu verteidigen hatten, die Traßbrücke in umfangreicher Weise ausbeuteten. Das genannte Material wird, wie die übrigen Gesteine, vom Felsen abgesprengt, zerleinert und dann in sogenannte Kollergänge gebracht, damit das Vermahlen vorgenommen werden kann. - Der Oberbauart Dr. Ing. Sympher hat in seinem vorliegenden Werk: Der Deutsche Talsperrenbau dargelegt, daß zu Talsperren, Ufer- und Brückenbauten der Traßmörtel beinahe unentbehrlich ist. - Jeder Bauachmann sollte sich das schön ausgestattete Werkchen zulegen.

Die Rechtsprechung in Unfallrenten-Streitigkeiten von Hermann Müller, Sekretär des Zentral-Arbeitersekretariats. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis gebunden 3 Mark. - Das Buch wird allen, die mit der Unfallversicherung zu tun haben, wertvolle Dienste leisten. Der Genosse H. Schmidt schreibt darüber im Korrespondenzblatt Nr. 35: „Der Verfasser hat, übersichtlich geordnet, die wichtigsten Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes aus den Amtlichen Nachrichten, den Zeitschriften der Berufsorganisationen und dem Material, das ihm als Sekretär im Zentral-Arbeitersekretariat zur Verfügung stand, kurz im Auszug unter Quellenangabe wiedergegeben. Ein sehr detailliertes Sachregister erleichtert die Auffindung einer besonderen Entscheidung aus dem reichen Material, das hier zusammengetragen ist. Derjenige, dem die Amtlichen Nachrichten nicht zur Verfügung stehen, wird gern bei Begründung von Ansprüchen auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze auf das hier gebotene Material zurückgreifen und viel Zeit und Mühe sparen. Die Amtlichen Nachrichten sind mittlerweile so umfangreich geworden, enthalten auch eine Anzahl längst überholter Entscheidungen, daß die Nachforschung nach einer prinzipiellen Entscheidung in einer strittigen Frage mit einigen Schwierigkeiten verknüpft ist. Hier gibt das Buch von Hermann Müller eine schnelle und sichere Anleitung, und es dürfte sich wohl bald in den Bureaus der Gewerkschaften, Auskunftsstellen und Arbeitersekretariaten einführen.“

der menschlichen Betrachtung geschoben, daß es jetzt als das herrschende erschien, das allmächtige, dem auch der Wille nur gefügiges Werkzeug sei. Wenn aber das Wollen und Handeln ganz vom Denken abhängig war, konnte es dann unfrei sein, wo doch jeder fühlte, daß seine Gedanken ganz sein Eigen waren, das ihm Ureigenste? Freilich führen auch von hier Wege zur Bestimmtheit des Wollens, aber sie wurden abgeschnitten durch die beiden andern, in sich zusammenhängenden Erwägungen, die der rechten Einsicht entgegenwirkten.

Die Gesellschaft hatte sich längst zum Staate fortgebildet, und dieser war immer mehr zur Gemeinschaft aller für das Interesse einer Minderheit geworden, zum Klassenstaat. Dieser aber mußte das größte Gewicht darauf legen, eine Ansicht nicht aufkommen zu lassen, die wie jene von der Gebundenheit des Willens, seine ruhige Existenz aufs schwerste gefährdete. Zwar konnte die Lehre, daß alles vom Schicksal unabänderlich gefügt sei, benutzt werden, um den Kur-Dienenden klar zu machen, daß sie eben zum Gehorjam gegen die Herrschenden bestimmt seien, aber man ging dann weiter und gab zu, daß der Wille des einzelnen nicht frei sei, wie wollte man dann auch nur mit einem Schein von Recht die Verletzung der Interessen der Herrschenden strafen; lag doch dann die Gefahr nahe, daß die Rechtlosen, durch ihre elende Lage aufgepeitscht und nun fanatisiert durch den Glauben an die Notwendigkeit alles, also auch ihres Handelns, die Macht den Händen der herrschenden Klasse entwandten. In diesen Bedrängnissen fand der Staat eine Hilfe in den Lehren einer Institution, die so von der Notwendigkeit mit ihm in ein Joch gezwungen ward, so hart auch beide sich gegeneinander aufbäumten - nicht weil sie sich haßten,

sondern weil jeder den andern zu seinem willigen Diener machen wollte. Die katholische Kirche verstand es, das Problem auf eine Art zu „lösen“, die den Bedürfnissen des Klassenstaates in geradezu genialer Weise gerecht wurde.

Sie setzte auf die eine Seite die von einem allgütigen Gott gewollte Ordnung der Dinge mit der Verheißung eines ewigen Lebens voll reinsten Seligkeit für die Guten, die diese Ordnung achten, auf die andere die freie Selbstbestimmung des Menschen, dessen alleinige Schuld es daher ist, wenn er sich der göttlichen Ordnung widersetzt, und der diese Schuld daher voll zu büßen hat, auf Erden und nach dem Tode, denn da ihm ja die Wahl freistand zwischen Gut und Böse dank der Güte des himmlischen Vaters, darf ihn dieser, ja muß ihn sogar als gerechter Richter zu ewiger Verdammnis in den Pfuhl der Hölle schleudern. Aber so heftig auch diese Lehre mit der Macht des Staates im Bunde die Geister in ihrem Bann zu halten suchte, sie und ihre Um- und Fortbildungen vermochten nicht die wahre Erkenntnis aufzuhalten; aus ihren inneren Widersprüchen heraus mußte sie jener selbst den Weg weisen. Denn so leicht eingängig die Gedanken dieser Heilslehre sind, so entgegenkommend dem ungeschulten, in seiner Entfaltung gehemmten Geiste ihrer Anhänger, wo ein Funke freieren Denkens sprüht, müssen die Fehler dieses Gebäudes sofort sichtbar werden, und die Schwäche, ja Widersinnigkeit seines Aufbaues jäh hervortreten. Ein allmächtiger Gott hat dem Menschen die Wahl gelassen zwischen den Wegen zur ewigen Seligkeit und ewigen Verdammnis, und muß nun den Treoler dahinführen lassen in jammervolles Elend, und kann, er der Allerbarmer in seiner Allmacht, dem Armen nicht

helfen, wenn jener es nicht selbst will, ja er muß ihn der-einst verdammten, muß, er der Allmächtige, denn er ist gerecht. Was ist diese Gerechtigkeit anders als der Zwang der Notwendigkeit? So bricht auch in dieser Irrlehre die Wahrheit siegend durch, da wo sie am überzeugendsten wirken muß, in der Gestalt des Gottes, das ist im Bilde des aller Schwächen entkleideten Menschen.

Denn des Menschen Wille ist nicht frei. Wie eine menschliche Handlung geschehen ist, so mußte sie geschehen, niemals hätte ihr Urheber „ebenso gut anders handeln können.“ Jede Handlung ist das Produkt aller ihrer Bedingungen, und durch die Summe aller dieser ist sie eindeutig bestimmt. Dieser Bedingungen aber sind zweierlei: äußere und innere. Jene sind die Einflüsse der Wirklichkeit außerhalb des Individuums, der Umwelt, diese aber, die im Handelnden selbst liegenden, seine Persönlichkeit, sein Charakter, seine Individualität. Diese aber ist nichts frei verfügbares, frei schaltendes, denn sonst läge in ihr ja die Quelle der Willensfreiheit, sondern sie ist im gegebenen Moment etwas durchaus feststehendes, in bestimmter Richtung Wirkendes, sie ist nichts anderes als die Vergangenheit des Menschen, die Summe aller seiner Erlebnisse. Hierzu kommen noch ererbte Anlagen, das heißt Erlebnissummen früherer Geschlechter, also des Menschen Vergangenheit im weitesten Sinne. Gelänge es daher, den Charakter eines Menschen reiflos zu erforschen und die Summe aller äußeren Anreize zu übersehen, so würde sich sein Handeln vorausbestimmen lassen, wie sich die Flugbahn eines Geschosses, die Bahn eines Himmelskörpers berechnen läßt.

(Schluß folgt.)